

Kampf um



jeden Arbeitsplatz

Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust! Laßt die Bosse zahlen!

Kohl behauptet, dieses Land würde zu einem "kollektiven Freizeitpark" verkommen. Er meint es zwar anders, hat aber nicht ganz unrecht: In den fünf neuen Ländern haben offiziell 1,1 Millionen Menschen den ganzen Tag freie Zeit, im Westen 2,5 Millionen. Inoffiziell sind es zusammen über 5 Millionen.

Dieser "Freizeitpark" verlangt hohe Eintrittspreise – mit immer weniger Geld können wir unsere Freizeit nur schwer genießen. Und noch etwas stört uns: Während viele ihre Zwangsfreizeit absitzen, sollen andere länger arbeiten, auf Urlaub verzichten, Überstunden machen.

Die Konzernherren sagen: Wenn die Arbeiter für weniger Geld mehr leisten, wenn Arbeitskräfte eingespart werden, würden sie wieder investieren. Der

"Freizeitpark" würde dann wieder zum "Industriestandort".

Wir sagen: Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze, Entlassungen retten die verbliebenen KollegInnen nicht. Niedrigere Löhne erhöhen nur die Profite der Konzerne.

Sie sagen, die Unternehmen müßten mehr verdienen, um international konkurrenzfähig zu sein. Doch die Konzerne leiden nicht unter Geldmangel – sie haben zu viel Kapital. Sie investieren nicht in die Industrie, weil sie keine Absatzsteigerung der Produkte erwarten.

Stattdessen spekulieren sie an der Börse und mit Währungen. An der Frankfurter Börse gab es ein Rekordhoch, der Deutsche Aktienindex (DAX) ist seit Jahresbeginn um ein Drittel gestiegen – der

Wert der realen Wirtschaft nicht. Die Banken verzeichnen selbst in der Krise Rekordgewinne. Der Kauf von Bankaktien gilt als die Geldanlage schlechthin.

Wir wollen nicht mit Arbeitslosigkeit und Einkommensverlusten für ihre Krise bezahlen. Statt Zwangsfreizeit für viele brauchen wir die Verteilung der vorhandene Arbeit auf alle. Die Arbeitszeit muß verkürzt werden – bei vollem Lohnausgleich.

Mit Betriebsschließungen und Entlassungen muß jetzt Schluß sein. Jeder bestehende Arbeitsplatz muß verteidigt werden.

Siehe zu diesem Thema auch die Seiten 2, 6, 7 und 11

Gegen Generalangriff:

G 24 Stunden Generalstreik

jetzt organisieren!

Die Unternehmer und ihre Regierung sind zum allgemeinen Angriff auf die arbeitende Bevölkerung übergegangen. Die 20prozentige Lohnkürzung an Feiertagen ist bereits beschlossen. Arbeitslosengeld- und hilfe werden um 3 Prozent gekürzt. In Bayern und Schleswig-Holstein ist die Arbeitszeit für alle Beamten verlängert worden.

In vielen Betrieben werden übertarifliche Leistungen gestrichen. In der Industrie finden Massentlassungen statt, ganze Branchen und Regionen werden plattgemacht. Ausbildungsplätze werden abgebaut, Azubis nicht übernommen. Mit der Kündigung der Metalltarife wollen die Unternehmer Reallohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerung durchsetzen.

Es ist dringend notwendig, daß die Gewerkschaftsbewegung diese Entwicklung stoppt. In allen Bereichen leisten die Beschäftigten Widerstand gegen diese Angriffe. 90 000 Bergarbeiter haben gegen Zechenschließungen demonstriert. In der krisengeschüttelten nordbayrischen Stadt Schweinfurt sind Tausende gegen die drohende Arbeitslosigkeit von 20 Prozent auf die Straße gegangen.

Das jüngste Beispiel: Der Protest der DASA-Belegschaft in Lemwerder bei Bremen. Die KollegInnen wollen die drohende Schließung und die Vernichtung von rund 1300 Arbeitsplätzen verhindern. Doch wenn jeder Betrieb, jede Branche und Region alleine kämpfen, werden Kohl und Kapital immer frecher. Anstatt die KollegInnen zum wiederholten Male zu verzettelten Protesten herauszuholen, muß die Kampfkraft der Gewerkschaften gebündelt werden.

Wir schlagen daher die Organisation eines 24-stündigen Generalstreiks vor. Ein Streik aller Arbeitnehmer in der Bundesrepublik könnte die Angriffe der Unternehmer und der Regierung zurückschlagen. Er wäre der Anfang eines gemeinsamen Kampfes in Ost und West gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau.

Vereinzelte werden wir geschlagen, gemeinsam können wir siegen.

Die Kampfkraft zur Abwehr der gegenwärtigen Angriffe ist vorhanden. Das zeigen die streikenden ÖTVler im letzten und die Metaller im Osten in diesem Jahr.

700 Kali-Arbeiter in Bischofferode haben den Herrschenden einen Schrecken eingejagt. Was könnte erreicht werden, wenn die Kampfkraft der 11 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern mobilisiert würde?!

Die Einzelgewerkschaften und der DGB müssen den Generalstreik jetzt vorbereiten. Wir rufen die Aktiven und die Mitglieder der Gewerkschaften auf, Druck auf ihre Vorstände auszuüben.

unser standpunkt

Tarifikündigung Metall: Sie wollen es wissen

Die westdeutschen Metallarbeitgeber haben zum ersten Mal die bestehenden Tarife gekündigt. Dies ist zwar formell kein Tarifbruch wie in Ostdeutschland, doch bisher hatten die Gewerkschaften die Tarife gekündigt. Das Vorgehen der Unternehmer zeigt, daß sie die Initiative ergreifen, die Angriff auf auch Tarifvertragebene entscheidend zu verschärfen.

Seit 1990 versuchen die Arbeitgeber, im hartem Kampf zugestandene Fortschritte abzuschaffen. Aber so einfach geht das nicht. Um einen solchen Raubzug zu organisieren, muß das richtige Klima geschaffen werden. Um zu sehen, wie so etwas gemacht wird, braucht man nur die Diskussion der letzten Monate verfolgen. Die Parolen vom "Blauen Montag", von den "Sozialbetrügern" und Kohls Spruch vom "kollektiven Freizeitpark", die ganze Diskussion um den "Standort Deutschland", sind maßgeschneiderte Scheinargumente, um Lohn- und Gehaltskürzungen durchzusetzen und die Arbeitszeit zu verlängern.

Tarifikämpfe in den 90ern

Die Unternehmer haben es nicht geschafft, in den letzten Jahren den großen Durchbruch herbeizuführen. Als die Kohlregierung 1992 den Kampf gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst eröffnete, hat ihre Argumentation nicht gezeugen. Sie hat den erwünschten Einbruch im Lebensstandard der Beschäftigten nicht erreicht, die angestrebte Tarifwende nicht durchgesetzt.

1993 im Metall-Streik in Ostdeutschland – nach gut zwei Jahren Propaganda, wie schlecht es doch den Firmen im Osten ginge – ließ die IG Metall mit der Härteklausele und der Streckung der Anpassung an die Westlöhne die Tür einen Spalt offen.

Mit der Kündigung der Lohn- und Gehaltsverträge und der Urlaubsabkommen West versucht jetzt GESAMTMETALL, den Fuß in der Tür zu behalten und sie weiter aufzustoßen.

In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs fahren die Unternehmer die Profite ein, gleichzeitig warnen sie die Arbeitnehmer vor zu hohen Ansprüchen. Die wirtschaftlichen Rezessionen werden dazu benutzt, uns die hart erkämpften Fortschritte wieder streitig zu machen. Hierfür ist kein Argument zu dumm, um es auszulassen. Es ist eine Frechheit zu behaupten, wir hätten zuviel Urlaub – wir haben auch die höchste Produktivität. Noch frecher ist die Behauptung, unsere Lohnnebenkosten wären zu hoch: Erstens stimmt es nicht und zweitens haben wir Lohnabhängigen die deutsche Einheit bezahlt. Die kapitalistische Invasion der fünf neuen Bundesländer wurde über sogenannte Sozialtransfers mit unseren Renten- und Arbeitslosenbeiträgen finanziert.

Aushebelung der Tarife

Jetzt wird von denselben Leuten, die dies zu verantworten haben, behauptet, die Lohnnebenkosten machten die Firmen konkurrenzunfähig.

Die Arbeitgeber – besonders GESAMTMETALL – wollen die Krise dazu benutzen, aus dem Tarifvertrag einen Sieb zu machen, aber ein Sieb, das nur in eine Richtung durchlässig ist. "Wir wollen den Flächentarif nicht kaputt machen", beteuert Kirchner vom Gesamtmetall – das stimmt, er will davon das behalten, was für seine Mitglieder von Vorteil ist. Die Unternehmer streben Tarifverträge an, die lediglich Mindestnormen festlegen. Auf der Grundlage dieses Minimaltarifes sollen dann bessere Regelungen für die Beschäftigten von Betrieb zu Betrieb und letztendlich individuell ausgehandelt werden können. Dies würde den Unternehmern erlauben, die Beschäftigten verschiedener Betriebe besser gegeneinander auszuspielen. Die Bosse werden garantiert in jedem Einzelfall vorjammern, warum ausgerechnet ihr Betrieb Personalkosten sparen muß.

Der Tarifvertrag ist eine große Errungenschaft für die deutsche Arbeiterbewegung. Er bedeutet Einkommenssicherheit und bezahlten Urlaub. Wenn die Arbeitgeber diese mit Schlagwörtern wie "Standort Deutschland" angreifen, kann es nur eine Antwort geben: die Kapitalisten können gehen, die Industrie bleibt hier!

Frühe Kompromisse ermutigen die Angreifer

Die Vorstände des DGB und der Einzelgewerkschaften betonen immer wieder, man könne nicht in den Tarifverträgen das zurückholen, was in Bonn weggenommen wird. Dies ist mit Sicherheit richtig, aber man kann nicht angesichts dieser Angriffe seitens der Regierung und Arbeitgeber die Tarifverträge ruhig angehen, als ob nichts Außergewöhnliches wäre.

Die Gewerkschaften, besonders die IG Metall, müssen diese Tarifrunde nutzen, um allen Mitgliedern klarzumachen, wie ernst die Lage ist. Die IGM soll nicht zimperlich sein, sie muß einen Arbeitskampf vorbereiten und alle Mitglieder einbeziehen.

Es ist falsch, von vornherein einen teilweisen Lohnverzicht zum Ausgleich des Verzichts auf betriebsbedingte Kündigungen anzubieten. Die Unternehmer werden diesen Vorschlag nicht annehmen. Sie werden ihn aber nutzen, um in ihrer Propaganda noch stärker Lohnkürzungen zu predigen. Der Kampf für die volle Durchsetzung der Lohnforderung und das Vorziehen der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich muß jetzt vorbereitet werden. Der Kampf nicht nur gegen Kündigungen, sondern auch gegen den schleichenden Abbau, für den Erhalt aller noch vorhandenen Arbeitsplätze, muß von den Gewerkschaften zusammengeführt werden.

Redaktion VORAN, 25. 10. 93

Kohls beste Wahlhelfer

SPD-Spitze wiederholt Banalitäten des Unternehmerlagers

"Lafontaine ist Kohls bester Wahlhelfer" urteilte Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe über die Äußerung Oskar Lafontaines, die Löhne und Renten im Osten müßten langsamer steigen.

Doch an der SPD-Spitze wimmelt es nur so von CDU-Helfern. Stolpe selbst verhalf Kohl im Frühjahr 1992 zur Bundesratsmehrheit für die Mehrwertsteuererhöhung.

Die Regierungsparteien werden im Späthjahr 94 vor allem auf zwei The-



Ob diese Warnung ankommt?

men herumreiten: Innere Sicherheit und Industriestandort Deutschland. Auf beiden Gebieten bereitet die SPD-Führung ihr Umfallen vor.

Innere Sicherheit

In Sachen Innere Sicherheit scheint sich dasselbe Schema wie beim Asylrecht abzuspulen. Die Konservativen und ihre journalistischen Handlanger beschwören mit schillernden Reportagen und Statistiken den Anstieg der Kriminalität. Das schafft Verunsicherung bei den Bürgern und das Klima für Reps und Co., Recht- und Ordnungsparolen gegen "Ausländerkriminalität" loszulassen. Statt dem mit nüchternen Fakten, Argumenten und Vorschlägen entgegenzuwirken, behaupten Teile der SPD-Führung schon jetzt, man könne die Sorgen der Bürger nur durch Mithilfe bei staatlicher Aufrüstung mittels Großem Lauschangriff ernstnehmen.

Und sollte es nicht gelingen, den SPD-Bundesparteitag im November von den Vorzügen des Großen Lauschangriffs zu überzeugen, so weiß Scharping ein bewährtes Mittel: Mitgliederbefragung.

Das heißt, er will dann die Masse der passiven Parteimitglieder per bürgerlicher Medienpropaganda erreichen und gegen die aktiven Parteimitglieder und Delegierten ausspielen.

Oskars Vorstöße

Lafontaine spielt wieder den Tabu-Brecher in Sachen antigewerkschaftlicher Position aus den Reihen der SPD wie schon 1989, als er mit Vorschlägen wie längere Maschinenlaufzeiten oder Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich den Gewerkschaften in den Rücken fiel. Er propagiert "Verteilungsgerechtigkeit" innerhalb der Arbeiterschaft und beteiligt sich damit an der Ost/West-Spaltung. An die Einheitsgewinnler, Großkonzerne und Banken wagt er sich nicht heran.

"Investitionen und Arbeitsplätze" seien für Lafontaine "vorrangig" vor Lohnerhöhungen im Osten. Diesen angeblichen "ökonomischen Banalitäten" möchte sich auch der Vorsitzende Scharping inhaltlich durchaus anschließen, nur nicht in der Form. Banal ist daran in der Tat, daß es sich um Nachbeten von Unternehmer-Propaganda handelt. "Gewinne (durch niedrigere Löhne) von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen", glaubte schon Helmut Schmidt zu wissen. Auf diese Arbeitsplätze warten wir bis heute, obwohl die Formel von vorgestern ist.

Die ostdeutsche Bevölkerung wartet vergebens auf die Zukunftsinvestitionen und neue Arbeitsplätze, obwohl das Lohnniveau beträchtlich unter dem des Westens liegt. In Sachen zum Beispiel lagen im Frühjahr diesen Jahres laut IG Metall die Arbeitskosten bei 47,5 Prozent der bayerischen.

Metall-Tarifrunde

Bei der Ost-Metalltarifrunde im Frühjahr ging es genau um die von Lafontaine angesprochenen Zusammenhänge. Treuhand und Unternehmerverbände behaupteten, sie müßten den gültigen Stufenvertrag brechen, weil die Lohnanpassung langsamer oder gar nicht vorgenommen werden dürfe, wenn man Arbeitsplätze erhalten wolle. Im Schlichtungsverfahren vor dem Arbeitskampf wurden die Unternehmer aufgefordert, Betriebe zu nennen, die wegen der geplanten Lohnkostensteigerung Entlassungen vornehmen müßten. "Trotz wiederholtem Anmahnen wurde kein Betrieb genannt, auf den das konkret zutrifft", so seinerzeit Rudi Arndt,

Schlichter im thüringischen Tarifgebiet.

Ein Trostpflaster hält die SPD-Führung für die ostdeutsche Bevölkerung immerhin bereit: einen nagelneuen Untersuchungsausschuß über die Machenschaften der Treuhand – jetzt, nachdem fast alles abgewickelt und die Industrie plattgemacht ist.

Doch die ostdeutschen ArbeiterInnen und Arbeitslosen werden von der SPD keineswegs ausgesucht schlecht behandelt. Obwohl die SPD-Führung Arbeitsbeschaffung fordert, handelt sie auch im Westen entgegengesetzt: Streichung von Stellen sind in SPD-regierten Ländern und Gemeinden an der Tagesordnung. Und wenn Lafontaine Kohls Vorschlag zur Arbeitszeitverlängerung in Anbetracht von 5 Millionen Arbeitslosen unsinnig findet, so möge er dies Heide Simonis und Gerhard Schröder vermitteln, die Schleswig-Holsteins Beamte und Niedersachsens Lehrer länger arbeiten lassen.

Gewerkschaftliche Kampagne in der SPD

Der IG Metall-Vorsitzende Zwickel verlangte zu recht: "Die SPD muß sich entscheiden, auf welcher Seite sie steht." Der IGM-Bevollmächtigte von Leipzig, Kletzin, hat laut über eigene Gewerkschafter-Listen bei Kommunalwahlen nachgedacht, weil gewerkschaftliche Positionen von der SPD nicht mehr wahrgenommen werden. Die Gewerkschaftsführung tut so, als ob sie mit der Politik der SPD nichts zu tun hätte. Dabei sind die Masse der SPD-Mitglieder auch Gewerkschafter. Fast alle führenden Funktionäre haben ein SPD-Parteibuch. Mit einer konzentrierten Kampagne der Gewerkschaften wäre es durchaus möglich, die SPD von Yuppie-Karrieristen zu befreien und einen anderen Kurs durchzusetzen.

Dafür müßte sich aber auch die Politik der Gewerkschaftsführungen ändern: wer selbst eine stufenweise Anpassung der Ostlöhne an Westniveau akzeptiert, wer Öffnungsklauseln in Tarifverträgen für angebliche Härtefälle zustimmt, wer geringere Lohnforderungen im Tausch für Kündigungsstopp anbietet, der erweckt selbst den falschen Eindruck, daß Lohnverzicht Arbeitsplätze retten könne.

Für eine konsequente Politik im Interesse der Masse der arbeitenden Bevölkerung müssen wir von der Basis her kämpfen und vernetzte oppositionelle Strukturen aufbauen.

Angela Bankert, Köln, SPD-Mitglied

Heitmann: Panne oder Absicht?

Kohls Kandidat ist nicht nur eine Fehlkalkulation

Mit dem Versuch, uns Heitmann als den neuen Bundespräsidenten zu verkaufen, hat der Kanzler seine Probleme. Nach Umfragen wollen nur 3 Prozent den sächsischen CDU-Rechtsausleger auf diesem Posten. Abgesehen davon, daß den Mann vorher kaum einer kannte, hat er sich durch reaktionäre Äußerungen gegen Homosexuelle, Frauen und Ausländer unbeliebt gemacht.

Eine Panne? Wohl kaum. In ruhigeren Zeiten war der als ausgleichend und "klassenübergreifend" dargestellte Weizsäcker der Richtige auf dem Präsidentensessel. Er war immer gut dafür, reaktionäre Gesetze zu unterschreiben und trotzdem von Regierungsgegnern als neutral angesehen zu werden. Nur in Einzelfällen ist sein Image angekratzt worden, zum Beispiel in der Asyldebatte. Tausende brüllten Weizsäcker auf der Großdemonstration am 8. November in Berlin mit "Heuchler, Heuchler"-Rufen nieder.

Jetzt wird ein Präsident von anderem Kaliber benötigt. Unter den Bedingungen von Arbeitslosigkeit, Betriebsschließungen und Verfall des Lebensstandards für die Mehrheit der Menschen reichen ein paar salbungsvolle Worte nicht aus.

Die Kandidatur Heitmanns ist ein weiteres Signal, wohin die Karawane zieht. Konzerne und Regierung gehen auf Konfrontationskurs.

Rolle des Bundespräsidenten

Bisher spielte der Bundespräsident die Rolle einer höheren Instanz über dem Parteienstreit und den täglichen sozialen Konflikten. Doch neben dieser Integrationsrolle hat der Bundespräsident auch handfeste Aufgaben.

Er ernannt und entläßt sämtliche Bundesbeamten. Durch die Auswahl der Spitzenbeamten kann der Bundespräsident die Zusammensetzung des Staatsapparates mitbestimmen. Außerdem kann er die Unterschrift bei Gesetzen verweigern und, falls keine Mehrheit bei der Kanzlerwahl zustande kommt, den Bundestag auflösen. Diese Möglichkeiten würden wichtiger, wenn ein Rechter als Bundespräsident mit einer SPD-Regierung konfrontiert ist. Er könnte durch Personalentscheidungen dafür sorgen, daß der Staatsapparat weiterhin die CDU-Linie verfolgt und könnte seine Unterschrift für Reformvorhaben verweigern.

In seiner Arroganz hat Kohl nicht mit der einer so starken Ablehnung seines Kandidaten gerechnet. Heitmann selbst ist nicht gerade der Klügste und Geschickteste. Insofern ist unklar, ob er bis zur Wahl durchhält. Doch die Zeiten sind nicht mehr so, daß die CDU einen Testballon aufsteigen läßt und bei Gegenwind das Experiment abbricht. Heitmann soll als Zeichen des Rechtstrends durchgesetzt werden. Kohl wird dazu auch eine wachsende Unzufriedenheit über undemokratische Praktiken und die Mißachtung des Wählerwillens in Kauf nehmen. Die soziale Zuspitzung wird dahin führen, daß sich größere Teile der Arbeiterklasse und der Jugend noch stärker von den politischen Vertretern dieses Systems entfremden.

Der Bundeswehreinmarsch in Somalia, das Urteil zum 218 und der Sozialabbau zeigen, daß die Herrschenden mit ihren Plänen durchkommen, wenn die Unzufriedenheit nicht zu einer Bewegung zusammengefaßt wird. Die Arbeiterbewegung sollte nicht über die lächerliche Gestalt Heitmanns spotten, sondern seine Kandidatur ernsthaft bekämpfen.

Martin Korte, Jungsozialist, Bremerhaven

Impressum

Überregionale marxistische Monatszeitung für Arbeiter-/Innen und Jugendliche. Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Blitz-Druck Mandzel GmbH, Essen
Redaktionsanschrift: Voran, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon 0221/134504 oder 134604, Telefax 0221/137280
Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43
Konto-Nr. 2500 59-430

SEVESO

Vergiftet, vertuscht, verbuddelt

In einer ARD-Sondersendung wird aufgedeckt, daß die Dioxin-Fässer von Seveso mit großer Wahrscheinlichkeit auf der Deponie Schönberg in Mecklenburg-Vorpommern gelandet sind, daß es sich in Seveso 1976 nicht um eine unfallbedingte Freisetzung von Dioxin handelte, sondern daß dort eine illegale Anlage für chemische Kampfstoffe betrieben wurde. Dennoch herrscht Ruhe, es gibt kaum Reaktionen in anderen Medien oder der Politik. Haben allzu mächtige Stellen die Finger im Spiel?

Am 10. Juli 1976 explodierte im norditalienischen Seveso der Reaktor A 101 der ICMESA, einer Tochtergesellschaft des schweizer Chemie-Multis Hoffmann-LaRoche. Nach damaligen Angaben wurden durch den Unfall rund 600 Gramm des Supergiftes Dioxin freigesetzt. Tausende von Menschen wurden verseucht.

Erst 1982 wurde die Unglückshalle des Werks entseucht und die dioxinhaltigen Ablagerungen in 41 Doppelfässer gepackt. Mit dem Transport wurde die Firma Mannesmann-Italiana beauftragt, eine Zweigfirma des Düsseldorfer Konzerns. Diese gab den Auftrag an einen französischen Müllhändler weiter, der ihn an einen weiteren Subunternehmer verschob.

Auf diesen komplizierten Wegen verschwanden damals die Fässer eine zeitlang und wurden erst im Mai 1983 in einer Scheune in einem nordfranzösischen Dorf wieder entdeckt. Von dort wurden sie zu Hoffmann-La Roche gebracht und in deren Baseler Werk unter großem Medienrummel verbrannt.

Falsche Fässer

Der Fernsehjournalist Ekkehard Sieker und sein Team fanden jetzt anhand von

Fotos, Filmdokumenten, Zollpapieren und Dokumenten aus dem Hoffmann-LaRoche-Konzern Ungereimtheiten heraus. So unterschieden sich die in Seveso abgeholtten Doppelfässer in Gewicht, Abmessung und äußerer Beschaffenheit von denen, die in Basel in Empfang genommen und verbrannt wurden. Jedes Faß war 2 Tonnen schwerer als beim Abtransport.



Die Mülldeponie Schönberg in der Nähe Lübecks – hier wurden die Seveso-Fässer wahrscheinlich vergraben

Ekkehard Sieker trieb einen ehemaligen Mitarbeiter des französischen Müllhändlers auf, der aussagte, daß die Fässer ausgetauscht worden seien und der Händler dafür 500 000 DM von Mannesmann erhalten habe. Das ist genau die Summe, die Hoffmann-La Roche an Mannesmann für die "Suche" nach den Fässern zahlte.

Aussagen eines ehemaligen Beraters der ICMESA, Schriftverkehr dieser Firma und Stasi-Dokumente führen zu der Schlußfolgerung, daß die echten Fässer in einem Bunker unter der Deponie

Schönberg gelandet sind. Die Verbrennung der 41 Fässer bei Hoffmann-La Roche war nur ein für die Öffentlichkeit inszeniertes Täuschungsmanöver.

Giftküche Seveso

Weitere Recherchen zeigen, daß die Fässer verschwinden mußten, um Rückschlüsse auf die Art der Produktion in

"agent orange" Verwendung fanden; Hoffmann-La Roche hatte dies immer bestritten.

■ Seveso und Umgebung wurden nicht mit 600 g Dioxin, sondern nach regierungsamtlichen Untersuchungen mit über 120 Kilogramm Dioxin verseucht.

Das "Geniale" an der Anlage in Seveso: wenn sie mit einer Temperatur von 150 bis 170 Grad betrieben wurde, entstand das harmlose TCP. Ab 180 Grad entsteht jedoch bei gleichen Vorprodukten TCDD, das giftigste aller Dioxine. Ein im Regierungsarchiv entdeckter Konstruktionsplan legt für den Unglücksreaktor A 101 eine durchschnittliche Arbeitstemperatur von 200 Grad fest. Ehemalige Arbeiter bezeugen, daß oft mit einer Temperatur von zwischen 200 und 300 Grad gearbeitet wurde.

In Seveso wurde Dioxin regelrecht produziert, und zwar für den militärischen Gebrauch. Dies bestätigte auch ein Journalist des italienischen Politikmagazins "L'Espresso", der seinerzeit entsprechende Informationen von einem Topmanager aus dem Hoffmann-LaRoche-Management sowie von einem hohen Offizier einer benachbarten NATO-Basis erhielt und veröffentlichte.

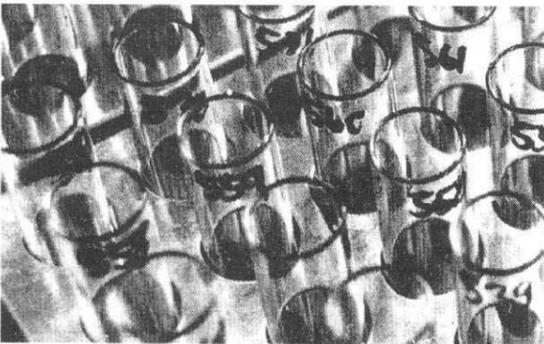
Chemieproduktion in den Händen privater Profiteure und zum Nutzen staatlicher Militaristen hat zur Vergiftung Tausender, zur Verseuchung eines ganzen Landstrichs geführt und 41 tickende Zeitbomben hinterlassen. Es wird Zeit, daß die Affäre vollständig aufgedeckt wird. Chemieproduktion muß dringend unter demokratische Kontrolle von Beschäftigten, Verbrauchern und Wissenschaftlern gestellt werden. Sonst kann eine solche Katastrophe und Vertuschungsaktion jederzeit wieder passieren.

Angela Bankert, Köln

Das Leben ist nichts ohne Risiko

Blut-Skandal: Pharmakonzerne und ihre Handlanger gefährden Menschenleben

Das Vertrauen wird geringer, das Gefühl von Sicherheit ist nicht mehr da. Operationen werden verschoben, Bluttransfusionen abgelehnt, seitdem Mitte Oktober der AIDS-Skandal publik wurde.



Blutproben: Zweimalige Untersuchung für die Konzerne zu teuer

de. Blutkonserven, Blutplasma, Gerinnungsfaktoren und andere Blutprodukte haben – von Ärzten verordnet und verabreicht – hunderte Menschen mit dem HIV-Virus infiziert.

Die meisten der bisher aktenkundig gewordenen Fälle ereigneten sich vor 1985. Konsequenzen werden erst heute gezogen. Spitzenbeamte wurden in den Ruhestand versetzt, das Bundesgesundheitsamt (BGA) "zerschlagen". Das BGA, eigentlich das staatliche Kontrollorgan über die Pharmakonzerne, war zwar über viele Fälle informiert, sah jedoch keinen Grund, die Bevölkerung

aufzuklären oder gar einzuschreiten. Der Minister – wer hätte anderes erwartet? – hat nichts gewußt.

Daß die beteiligten Firmen (Behring, Biotest, Immuno, die Bayer-Tochter Cutter und das Deutsche Rote Kreuz) sich kein bißchen um die Sicherheit ihrer Produkte scheren, wird nahezu kommentarlos hingekommen.

"Restrisiko"

Seit 1985 ist gesetzlich vorgeschrieben, daß das gespendete Blut und die Blutprodukte vor der Freigabe auf HIV-Antikörper getestet werden müssen. Da nach einer Infektion mit dem Virus aber bis zu 8 Monate vergehen können, ehe der Mensch diese Antikörper bildet, ist das Ergebnis nur bedingt aussagefähig. Das DKR spricht von einem Restrisiko von 1 : 1 000 000. Den Test nach einem halben Jahr zu wiederholen und so für absolute Sicherheit zu sorgen ist den Konzernen zu teuer.

Der größte Teil des gespendeten Blutes wird weiterverarbeitet. Das Blut wird unter anderem aufgeteilt in rote Blutkörperchen, Gerinnungsfaktoren und Blutplättchen. Auf diese Art kann das Blut am effektivsten genutzt und den Empfän-

gern genau der Bestandteil zugeführt werden, den sie brauchen. Pro "Mischung" kommen die Bestandteile von bis zu 70 000 Spendern zusammen. Wenn nur ein Spender HIV-positiv war, ist alles verseucht.

Die Methoden, die vorsorgemäßig zum Virenkilling angewandt werden, sind in der Wirkung stark umstritten, klar ist nur, daß sie keine 100prozentige Sicherheit bieten. Die Firmen können sich das Verfahren aussuchen, eine Kontrolle findet nicht statt.

Wie viele Menschen auf diese Art mit dem Virus infiziert wurden, wird wohl niemals genau zu ermitteln sein, denn der Nachweis ist schwierig. Und wer mit dem Tod ringt, eröffnet so schnell keine zweite Front gegen die Pharmaindustrie. Viele Patienten wissen auch nicht, daß ihnen Gerinnungsfaktoren verabreicht wurden, geschweige denn, woraus sie gewonnen wurden – eine schriftliche Einwilligung wird nur bei der Vergabe von roten Blutkörperchen und Vollblut verlangt.

Alles versichert – für die Konzerne

Die Vertreter der Blutprodukte wußten schon lange, welches Risiko besteht. So haben ihre Versicherungen bereits 1990 ein Abkommen mit der AOK geschlossen. Darin ist festgelegt, daß die maximale Entschädigung pro HIV-Infektion bei unter 11 000 DM liegt. Die Konsequenzen seitens der Politiker

ihr da oben ...



... immer auf den dicksten Haufen

Kohl und Waigel fordern zur Bescheidenheit auf. Es müsse doch möglich sein, mit dem Lebensstandard von 1989 klarzukommen. Doch Bescheidenheit wird nur von den Arbeitenden gefordert: "Wer heute Kapitalvermögen hat, dürfte es sichtlich mehren. Wer noch keines hat, dem dürfte es schwerer als bisher fallen, eines zu bilden." So der Leiter des Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Bonn. Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit stiegen von 1982 bis 1991 um 123 Prozent, die der Arbeitnehmer um 44 Prozent, ermittelte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

Auch der Fall der Gewinne durch die jetzige Wirtschaftskrise kann die Unternehmer nicht stören. Ein durchschnittlicher Selbständigen-Haushalt bezog 1992 21 000 DM an Zinsen für sein Ersparnis.

Beim Vermögen sind die Werte noch ungleicher verteilt als beim Einkommen: die ärmere Hälfte der Bevölkerung bezog zwar 28 Prozent des Einkommens, besaß aber nur 5 Prozent des Geldvermögens. Das wohlhabende Viertel kassierte 41 Prozent des Einkommens, besitzt aber 70 Prozent des Geldvermögens (nach taz, 16. 10.).

Vorbildliches Verhalten

Shusuke Nomura, Vorsitzender einer rechtsgerichteten Partei und Terrorist hat sich aus Protest gegen eine Karikatur in einer linken Wochenzeitschrift erschossen. Die Mitglieder seiner Partei waren dort als Läuse dargestellt worden.

Solche eine edle Geste können wir sämtlichen Faschisten und sonstigen Reaktionären auch in Deutschland empfehlen (nach FR, 21. 10.).

Radfahrer-Gefahr

Wenn man weiß, welche wichtigen Aufgaben die Polizei wahrzunehmen hat, versteht man besser, warum selten genug Einsatzkräfte zur Verfügung stehen, um Neonazi-Aufmärsche zu verhindern.

Eine große Gefahr für unseren Rechtsstaat sind die Radfahrer: Eine Kölner Studentin befuhr im Dezember 92 mit ihrem Fahrrad eine Einbahnstraße in der falschen Richtung. Von einem Polizisten erwischt, versuchte sie weitere Anschläge gegen unsere Demokratie – sie hatte keinen Personalausweis dabei und bestand darauf, daß eine Kundenkarte ihrer Bank zur Personalfeststellung reichen mußte. Dies konnte nicht ungeahnt bleiben: fünf Beamten erschienen als Verstärkung und brachten die Frau in Handschellen zur Wache. Nach Angaben der Ordnungshüter stellte sie wegen ihrer "aggressiven Verhaltens" eine Gefahr da. Sie kassierte eine Anzeige wegen Körperverletzung.

Erst jetzt wurde das Verfahren eingestellt. Die Richterin dazu: "Hier hat möglicherweise die Polizei nicht gerade psychologisch geschicktes Verhalten an den Tag gelegt." (nach KStA, 22. 10.)



... wir hier unten

Gunnar Böltes, ÖTV-Mitglied, Ausbildungspersonalrat im Krankenhaus, Bremerhaven

Stuttgart: Nazi-Treffen verhindert

Seit Jahren ist die Kolbstube der wichtigste Treff- und Anlaufpunkt für Nazis im süddeutschen Raum. JRE Stuttgart betreibt schon seit Sommer eine Kampagne für die Schließung der Nazi-Kneipe. Erst als JRE den Besitzer, die Brauerei Stuttgarter Hofbräu AG, unter Druck setzte, kam Bewegung in die Sache – der Nazi-Pächterin wurde gekündigt.

Screwdriver, Englands populärste Naziband, sollte zur Abschiedsparty spielen. Doch das Wochenende vor dem Konzert starb Ian Stuart, seines Zeichens Kopf und Sänger von Screwdriver, bei einem Autounfall. Anlaß genug für die Faschisten, das geplante Konzert in eine Gedenkfeier für Ian Stuart umzufunktionieren. In der Schweiz, Österreich und Frankreich tauchten Flugblätter auf, die zur Teilnahme an dieser Feier aufriefen.

Bei der Mobilisierung für unsere Demo versuchten wir, vor allem ausländische Jugendliche zu erreichen – im Stadtteil der Nazi-Kneipe leben 60 Prozent AusländerInnen. Das Ordnungsamt erklärte im Vorfeld, das Faschistentreffen würde verboten. Erst einen Tag vorher gaben

sie zu, "daß man keine Handhabe gegen das Konzert hat".

Die Demonstration (bei strömendem Regen) mit 500 Teilnehmern wollte das geplante Nazi-Konzert auf jeden Fall verhindern. Die Stiefelfaschisten machten uns die Sache leicht. Sie hatten Dünnschiff und ließen sich nicht blicken. Trotz einiger Polizeiprovokationen konnte die Demo zu Ende geführt werden.

Alles in allem waren wir erfolgreich. Das möglicherweise größte Nazi-Treffen in Süddeutschland seit Jahren konnte nicht stattfinden. Die Pächterin der Kolbstube hielt diese – nach Absprache mit ihrem Anwalt – den ganzen Tag geschlossen. Zeitweise schlichen einige Faschos in der Nähe umher, diese gerieten aber höchstens an die Polizei.

JRE wird weiterhin gegen die Kolbstube mobilisieren, bis diese endgültig geschlossen wird, denn die Pächterin hat inzwischen gegen die Kündigung Einspruch eingelegt, und das kann sich hinziehen...

Ralf, JRE Stuttgart

Lübeck: Rassisten im Pelzmantel

Gegen die Einquartierung von 400 Flüchtlingen in Bad Schwartau bei Lübeck regte sich Protest. Am 23. 9. sollte im Rathaus eine flüchtlingsfeindliche Bürgerinitiative gegründet werden. Die Initiatoren setzen sich für eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen ein. Auf einem Vortreffen hatte eine Frau sogar geäußert, sie hätte in Rostock-Lichtenhagen bei den Pogromen geklatscht.

Da wir von der Gründung der Initiative aus der Lokalpresse erfuhren, verhinderten 40 Antifaschisten, darunter mehrere VORANler und JREler dieses Rassistentreffen.

Einige bewegte BürgerInnen, fast alle mit Goldketten und Pelzmantel, versuchten, über das "sicherheitsrelevante Thema" Flüchtlinge zu reden. Jedoch wurden sie durch uns daran gehindert, die Flüchtlinge für alles verantwortlich zu machen.

Ein ausländischer Antifaschist wurde angegriffen. Nachdem dieser Angriff zurückgeschlagen war, wurde er als "Türkenkneifer" beschimpft. Eine Frau hob sogar den rechten Arm zum deutschen Gruß und ein weiterer Anwesender behauptete, ihm sei ein offener Faschist lieber als "zehn verkappte Sozialisten".

Viele kleine Diskussionen, die sich noch vor dem Rathaus ergaben, zeigten, wie sehr die Asyldebatte und die Hetze von seiten der Medien und der Politik zu einer rassistischen Grundstimmung geführt haben. Die Flüchtlinge wurden als Kriminelle und Kinderschänder dargestellt.

Auch der CDU-Bürgermeister hatte Flugblätter verteilt, auf denen zur Gründung der Initiative aufgerufen wurde. Anscheinend will die CDU rechte WählerInnen zurückgewinnen.

Kim, Lübeck

Polizist setzt Politik in Praxis um

Der Polizeibeamte Harald Eßwein aus Speyer, seines Zeichens SPD-Mitglied, hat Eigeninitiative gezeigt und die Regierungsparolen in die Praxis umgesetzt. Seine Freizeit nutzte er, um den indischen Koch Gopal Singh zu kidnappen und per Flugzeug nach Indien abzuschicken. Seine Freude darüber konnte der schon mehrfach als Rassist aufgefallene Ordnungshüter nicht verhehlen und prahlte auf der Wache mit seiner Tat.

Doch die Kollegen hielten nicht dicht, die Sache kam heraus, die Staatsanwaltschaft hat Anklage wegen Freiheitsberaubung erhoben.

Doch die Behörden wissen, was sie trotz dieses Ausrutschers an ihren Mitarbeitern haben: Eßwein wurde zur Vollzugspolizei nach Neustadt versetzt. Eine seiner Aufgaben ist die Koordination von Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber.

Sollten wir das Verbot von faschistischen Parteien fordern?

Bundesminister Kanther, bemüht sein Profil als Mann von Recht und Ordnung zu schärfen, hat angekündigt, die faschistische "Freiheitliche Arbeiterpartei – FAP" zu verbieten. Wie ist dieses Vorhaben des ultrakonservativen "Schwarzen Sheriffs" zu bewerten?

Ist ein Verbot das wirksame Mittel zur Bekämpfung der Nazis? VORAN ist nicht gegen das Verbot von faschistischen Organisationen, aber stellt diese Forderung an den Staat nicht auf. Das hat mehrere Gründe.

Ablenkungsmanöver

Dieser Staat benutzt die bisherigen Verbote ausschließlich zu propagandistischen Zwecken. Am Beispiel Fulda kann man sehen, daß er weiterhin faschistische Aufmärsche schützt und AntifaschistInnen schikaniert.

Schon im vergangenen Jahr hat die Kohl-Regierung einige Vereinigungen verboten (NF, DA, NO). Allerdings wurde dies Wochen vorher lang und breit debattiert. Die Nazi-Gruppen waren somit vorgewarnt, konnten ihre Finanzen in Sicherheit bringen und die Gründung neuer Tarnorganisationen vorbereiten. So entstand zum Beispiel die "Sozialrevolutionäre Arbeiterfront", deren Programm und Methoden mit denen der NF identisch sind. Andere heimatlos gewordene Faschisten begaben sich unter das schützende Dach der NPD. So erhöhte sich die Zahl dieser Parteien laut Verfassungsschutz (!) von 6 auf 82. Die Zahl der organisierten Nazis ohne DVU und Republikaner stieg im vergangenen Jahr auf 42 000. Die Verbote haben außer

Gewissensberuhigung für Liberale nichts geändert. Die Aufgabe, die Nazi-Strukturen zu zerschlagen, ist geblieben.

Hilfstruppen

Die Wurzeln des Faschismus liegen im Kapitalismus. Es wäre höchst verwunderlich, wenn dieser Staat willens wäre, ein Problem zu beseitigen, welches er geschaffen hat, um von sich, dem eigentlichen Problem, abzulenken. Teile des Staatsapparates, sowohl in der Justiz wie auch der Polizei sympathisieren zudem mit den Faschisten. Die Herrschenden insgesamt pflegen ein taktisches Verhältnis zu den Nazis.

Als Hilfsbatallion werden sie gegen Ausländer, Linke, GewerkschaftlerInnen und AntifaschistInnen eingesetzt, um diese einzuschüchtern und das gesellschaftliche Klima nach rechts zu verschieben. Sicherlich gehen die Nazis den Kapitalisten und der Kohl-Regierung manchmal zu weit. Trotzdem ist es utopisch zu glauben, daß die kapitalistischen Staatsorgane je effektive Verbote gegen alle Naziorganisationen aussprechen würden.

Selbstorganisation stärken

Die Verbotsforderung kann sich nur an den Staat richten. Sie gibt somit keine Kampfperspektive für die antifaschistische Bewegung. Daher tritt VORAN für die Verhinderung jeglichen Auftretens von Faschisten in der Öffentlichkeit durch eine breite Mobilisierung ein. So können die Faschisten demoralisiert und ihre Organisationen effektiv aufgelöst

werden. Diese Aufgabe an den Staat zu delegieren, der sie nicht umsetzen wird, verwischt die Orientierung für den praktischen Kampf.

Einen rechts, einen links, die Linken fallenlassen

Das Verbot faschistischer Organisationen kann vom Staat dazu benutzt werden, gegen den "Extremismus von rechts und links" vorzugehen und auch unbenutzbare linke Organisationen in die Illegalität zu treiben. 1952 wurde die faschistische SRP (Sozialistische Reichspartei) von Adenauer verboten. Vier Jahre später wurde das Verbot der KPD (Kommunistischen Partei Deutschlands) ähnlich begründet.

Auch im kleinen werden "antifaschistische" Gesetze gegen AntifaschistInnen eingesetzt. Das Tragen von Nazi-Symbolen ist strafbar. Doch während Faschisten nur in Ausnahmefällen von der Polizei behelligt werden, bekommen AntifaschistInnen immer häufiger Anzeigen wegen T-Shirts oder Buttons, auf denen durchgestrichene oder zerschlagene Hakenkreuze zu sehen sind – wegen "Tragens nationalsozialistischer Symbole".

VORAN tritt ein für:

- Die Verhinderung von Nazi-Aufmärschen, -veranstaltungen und Informationsständen
- Keine Vermietung von öffentlichen Räumen für Faschisten
- Mobilisierung der Arbeiterbewegung, um die Nazi-Gruppen effektiv zu zerschlagen.

Torsten, Siegen



Der Rechtsstaat im entschlossenen Kampf gegen die faschistische Gefahr

Ein wahrhafter Demokrat

Hausjurist der DVU / Oberjurist Maunz blieb Nazi-Ideen treu

Theodor Maunz – jeder Jura-Student kennt seinen Namen. Zu seinen Schülern gehören Roman Herzog, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes und Rupert Scholz, Ex-Verteidigungsminister. Mit ihnen zusammen ist er Herausgeber einer der großen Grundgesetzkommentare. Etliche Artikel des Grundgesetzes hat er selbst kommentiert. Er prägte das offizielle Demokratieverständnis der BRD.

"Die Treue seiner Schüler ist ein in noch so lebhaftes Wort nicht zu fassendes Kompliment für den akademischen Lehrer Maunz" schrieb die FAZ am 31. 8. 91 anlässlich seines 90. Geburtstages. Im Oktober starb der "große Mann des deutschen Rechtsstaats." Die "Nationalzeitung" von Dr. Gerhard Frey schrieb den Nachruf.

Viele wunderten sich, warum Frey mit seiner DVU über 90 Prozent seiner Rechtsstreite gewann. So erstritt er bessere Sendezeiten für DVU-Wahlspots, die Teilnahme an Fernsehshows im

Wahlkampf und den jährlichen Aufmarsch in Passau. Juristische Beratung dafür erhielt die DVU von Maunz, der auch anonym Artikel für die "Nationalzeitung" schrieb und einen regelmäßigen Briefwechsel mit ihr führte. Dies enthüllte jetzt das ARD-Magazin "Panorama".

Kleiner Karriereknick

Als Mitglied der CSU wurde Maunz bayerischer Kultusminister. Nachdem seine Vergangenheit als Nazi-Richter bekannt wurde (Zitat Maunz: "Des Führers Wort ist Gesetz"), kam er stark unter Beschuß. Er distanzierte sich jedoch nicht von seiner Vergangenheit, sondern trat 1964 als Kultusminister zurück. Da er aber "ein so guter Demokrat gewesen ist, der halt nicht hätte nein sagen können, wenn ihn jemand um einen Gefallen bat", sehen seine alten Bonner Freunde wegen seiner DVU-Unterstützung keinen Handlungsbedarf. Ihrer Vorstellung

von Demokratie ist ja auch kein Schaden entstanden. Angenehm ist ihnen der Vorfall bestimmt nicht. Die bürgerliche Presse hielt sich vornehm bedeckt.

Der Fall Maunz zeigt, wie trotz aller öffentlichen Distanzierung der "respektablen" bürgerlichen Parteien von den Faschisten die Übergänge fließend sind, wie locker bürgerliche Politiker damit umgehen, daß einer der ihren mithalf, die Nazi-Partei DVU aufzubauen. Er zeigt auch die Verbindungen zwischen der von CDU/CSU-Juristen geprägten obrigkeitstaatlichen Grundgesetz-Auslegung und autoritär-polizeistaatlichen Ideen, ja sogar faschistischen Vorstellungen.

Von der Rechtsauffassung, daß zum Beispiel das Streikrecht in der Bundesrepublik nur "sozial angemessen" benutzt werden dürfe und hinter dem "Gemeinwohl" zurückstehen müsse bis zur Aufhebung dieses Rechts durch die Regierung ist es inhaltlich kein weiter Weg.

Dirk, Frankfurt

YRE JRE
International

45 000 marschieren gegen die BNP

Am 16. Oktober marschierten 45 000 Jugendliche und ArbeiterInnen durch den Londoner Stadtteil Welling und forderten die Schließung der Zentrale der faschistischen British National Party (BNP). Dies war die größte antifaschistische Demonstration seit Ende der 70er Jahre. Organisiert wurde sie von einem Bündnis aus JRE, Anti-Nazi-Liga und der Indischen Arbeitervereinigung.

Im April wurde der farbige Jugendliche Stephen Laurence in der Nähe der BNP-Zentrale von einer Gruppe Rassisten ermordet. Dies war der vierte Mord in dem Stadtteil seit die BNP-Zentrale dort eingerichtet wurde.

Die Polizei sorgte dafür, daß die in den Medien vorausgesagten Krawalle auch stattfanden. Die Demo durfte von vorneherein nicht an der BNP-Zentrale vorbeiziehen. Die Polizei hat dann jedoch nicht

nur den Weg zur BNP-Zentrale, sondern auch den zum genehmigten Kundgebungsplatz abgesperrt. Es kam zu Auseinandersetzungen, die die Polizei zum Anlaß nahm, die Demonstration anzugreifen und die Eskalation voranzutreiben.

In Presse und Fernsehen wurden die Teilnehmerzahlen massiv heruntergespielt und die Demonstranten dafür als blutrünstiger Mob dargestellt. Die Sun fragte in einem Kommentar "Wer sind die wirklichen Nazis?"

Aber trotz Polizeiprovokationen und Hetzkampagne war die Demo ein großer Erfolg. Das von der Labour Party dominierte Bündnis "Antirassistische Allianz" hatte für den gleichen Tag zu einer Konkurrenz-Demo fernab von der BNP-Zentrale aufgerufen, zu der nur 2-3000 Leute kamen.

Studium wird unbezahlbar

Neues Studentenwerkgesetz in Nordrhein-Westfalen verstärkt Trend zur Bonzen-Uni

Es gab einmal eine Zeit, als sozialdemokratische Bildungspolitik den Anspruch hatte, mehr Jugendlichen ein Studium zu ermöglichen. Gerade für Kinder aus Arbeiterfamilien sollte die Chance zum Studium nicht am Geld scheitern. Die "sozialdemokratische" Landesregierung von Nordrhein-Westfalen betreibt seit längerem eine genau entgegengesetzte Hochschulpolitik. Jüngstes Beispiel ist die geplante "Novelle des Studentenwerkgesetzes NRW". Die Studentenwerke NRW sind eine zentrale soziale Einrichtung für die StudentInnenenschaft. Sie betreiben die Mensen, Wohnheime, die BAFöG-Ämter, Kinderkrippen und Cafeterien. Ziel sollte es sein, Wohnen und Essen billiger anzubieten als auf dem privaten Wohnungsmarkt oder in Imbißbuden. Dazu werden die Studentenwerke aus Landesmitteln bezuschußt.

Sparpolitik

Seit einigen Jahren spart die Landesregierung hier Gelder ein und zwingt stattdessen die Studenten zur Kasse. 1980 mußten die Studenten 10 DM pro Semester zur Finanzierung der Studentenwerke zahlen, 1993 50,50 DM. Früher mußten die StudentInnen für das Mensessen lediglich die Materialkosten bezahlen;

inzwischen zahlen sie auch einen Anteil an den Personalkosten – Tendenz steigend. Die "Novelle des Studentenwerkgesetzes" sieht nun eine Festbetragsfinanzierung statt des bisherigen Bezuschussungssystems vor. Konkret heißt das: Wenn Geld fehlt, müssen die Studentenwerke entweder Personal sparen – zum Beispiel Mensen schließen – oder die Preise für Essen und Wohnen heraufsetzen oder beides.

Diese Politik ist Teil der bildungspolitischen Strategie, die das Studium wieder zum ausschließlichen Privileg einer kleinen Elite machen will. Formal darf jeder studieren ob arm oder reich. Aber wer keinen Pappi (oder keine Mami) mit einer dicken Brieftasche hat, kann das Studium nicht mehr finanzieren.

"Überproduktion"

Viele Jugendliche, die nach der Lehre nicht übernommen werden, sehen im Studium einen Ausweg. Die jetzige Bildungs-Abbau-Politik will die Chance zum Studium verbauen.

Die Anhebung der BAFöG-Sätze wurde verschoben, bezahlbare Wohnungen fehlen, es gibt zu wenig Hörsäle, Assistenten und Professoren. Die Suche nach einem Nebenjob wird schwieriger. Wer dann unter großen Mühen sein Diplom

geschafft hat, muß feststellen, daß auch nach einem Studium nicht jeder "übernommen" wird.

Diese kapitalistische Gesellschaft weiß nicht, was sie mit Wissen und Fähigkeiten von ausgebildeten Naturwissenschaftlern, Ingenieuren, Ärzten und Lehrern anfangen soll. Sie betrachtet sie als wertlose Überschüsse wie die EG ihre Äpfel und Tomaten.

Weil Bildung im Kapitalismus nie für den Menschen, sondern immer nur für die Bedürfnisse der Wirtschaft betrieben wird, weil die kapitalistische Wirtschaft aber weniger Ingenieure braucht, des-

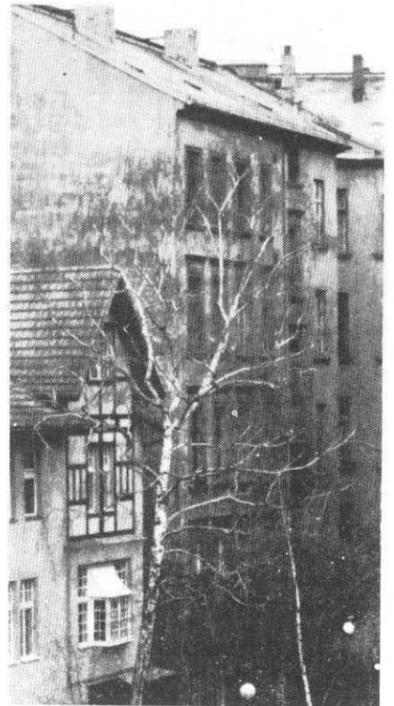
halb wird politisch versucht, das Studium schwer bis unmöglich zu machen. Das ist der Hintergrund der Sparmaßnahmen, zu denen auch das neue Studentenwerkgesetz zählt. Als nächstes kommen dann vielleicht Studiengebühren und neue Zulassungsbeschränkungen.

Wenn das verhindert werden soll, dann müssen die linken hochschulpolitischen Gruppen und die Gewerkschaften StudentInnen und Beschäftigte informieren und in gemeinsamen Aktionen mobilisieren.

Georg Kümmel, Jungsozialist, Aachen

Zu Lasten der Kollegen

Das neue Studentenwerkgesetz bedeutet mehr Druck auf die Beschäftigten. Seit Jahren wurde der Personalstand nicht den gestiegenen Studentenzahlen angepaßt. Die KollegInnen warten immer noch auf den versprochenen Personalausgleich aufgrund der Arbeitszeitverkürzung, deretwegen sie auf Lohn verzichtet hatten. Das neue Gesetz wird neben anderen Verschlechterungen zu Personalabbau führen. Die Beschäftigten laufen deshalb gegen das neue Gesetz Sturm – im wahrsten Sinne des Wortes. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Studentenwerke, in seiner Freizeit Marathonläufer, lief in einer medienwirksamen Aktion von Aachen nach Düsseldorf, übergab eine Protestresolution der Beschäftigten und lief wieder zurück. 164 km an einem Tag! Begleitet wurde der Lauf von spontanen Arbeitsniederlegungen der Studentenwerker.



12,50 DM/qm für ein Loch Wohnungssuche in Köln:

Eigentlich können wir uns glücklich schätzen. Zwei Erwachsene, zwei Kinder, mit Facharbeitereinkommen – die vielzitierte "Durchschnittsfamilie", bewohnen helle Dreizimmerwohnung, 74 qm, in der Kölner Innenstadt, Altbau. Miete: 525 DM.

Aber langsam platzen wir aus allen Nähten, die Kinder brauchen mehr Raum und vor allem ein Umfeld, wo sie verkehrssicher draußen spielen können. Zu viel gefragt? Nur ein bißchen Lebensqualität zum erschwinglichen Preis?

Also auf zur Wohnungssuche. Ich meldete mich bei einer Maklerin auf eine Anzeige für eine Vierzimmerwohnung, 90 qm, Warmmiete: 1345 DM. Am selben Nachmittag trafen wir sie vor der Wohnung. Der schicke Honda-Sportwagen fiel mir sofort auf. Erster Eindruck von außen: tristlos. Das Haus befand sich in einem Gewerbegebiet, alles zube-toniert. Aber als wir in der Wohnung drin waren, stieg die Wut in mir hoch. Nur zwei der Räume hatten ein Fenster, die drei hinteren Zimmer und die Küche hatten nur eine kleine Dachlücke. In der finsternen, kühl-feuchten Loch würden Erwachsene und Kinder innerhalb kürzester Zeit depressiv oder aggressiv. Und das für 12,50 DM/qm. Wir sagten ab und fuhren nach Hause.

Der Markt für große Familienwohnungen ist, nicht nur in Köln, leergefegt. So machen in München Familien mit 2 Kindern nur noch 4 Prozent der Stadtbevölkerung aus (zitiert in "Mieterzeitung", August 93)

Für 1992 schätzte der Mieterbund, daß in ganz Deutschland 2,5 Mio. Wohnungen fehlten (die Einschätzung wurde sowohl vom Münchener IfO-Institut als auch dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung geteilt). Aber gebaut wurden 1992 nur 375 000 Wohnungen, was auch dem Schnitt der Aufschwungsjahre der 80er entspricht. Zum Vergleich: In den 70er Jahren wurden 800 000 Wohnungen jährlich gebaut, als es noch keinen Baby-Boom gab. Und die Not der wohnungssuchenden Familien treibt die Miete der ohnehin wenigen Großraumbwohnungen noch stärker in die Höhe. Die Neu- und Wiedervermietungsmieten sind in den letzten drei Jahren um 30-40 Prozent gestiegen – und die Löhne?

Wenn die arbeitenden Menschen in diesem Land die Macht erlangen sollten, werden die Schmarotzer dieser Gesellschaft, wie Häuserspekulanten und Makler (samt Kanzler Kohl und Bauministerin Schwätzer) aus ihren Palästen und Zweitwohnsitzen verjagt – und müssen bis an ihr Lebensende in einem dunklen Loch "hausen", während die Familien mit Kindern in ihre großen Häuser zu einer erschwinglichen Miete einziehen dürfen!

F. Garvie, Köln



"Skinheads" von Klaus Farin

Jeans, Boots, Braces, Sherman und kurze Haare, so sieht er aus, der Skinhead. Glaubt man den Medien, so handelt es sich bei dieser Spezies Mensch um rassistische und gewalttätige Idioten. Im November 92, nach Rostock und Mölln, redete alle Welt von der "Skinheadgewalt". Alle rechten Gewalttäter bezeichneten sich als Skins oder wurden von den Medien so dargestellt. Daß Skin nicht gleich Nazi ist, verdeutlicht Klaus Farins Buch "Skinheads".

Außer den Nazi-Skins, die zur Zeit in aller Munde sind, gibt es auch viele antirassistische SHARP-Skins (Skinheads against racial prejudices – Skins gegen rassistische Vorurteile), linke Redskins und unpolitische Kahlköpfe.

Farin stellt in seinem Buch ausführ-

lich die Herkunft der Skins, ihrer Kultur und Musik dar. Die Skinhead-Bewegung stammt aus Britannien. Ursprünglich war diese Jugendkultur eine eher unpolitische Protestbewegung der Straßenkids. Sie trugen einfache Jeans und T-Shirts und Werftarbeiterstiefel, um ihre Herkunft aus der Arbeiterklasse zu betonen. Ihre Musik waren Reggae und Ska. Diese Musik kam aus Jamaika und wurde von Schwarzen gemacht. Skinhead-Sein hieß auch, daß weiße und schwarze Kids gemeinsam lebten und Spaß haben wollten.

Doch Mitte der Siebziger gelang es den faschistischen Organisationen National Front und British Movement in die Skin-Szene hereinzukommen und diese zu instrumentalisieren. Damit hatte sich die Skinhead-Bewegung von ihren Wurzeln entfernt.

Als Reaktion auf die rassistische Poli-

tisierung vieler Skins gründeten sich ab 1986 antifaschistische Skin-Gruppen, die die Herkunft der Bewegung gegen die Rechten verteidigen wollten. In einem Flugblatt von SHARP heißt es: "Ein echter Skinhead tanzt nach wie vor zu Ska und Reggae und verprügelt keine Ausländer."

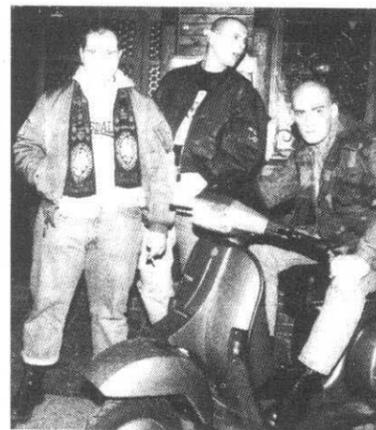
Die Skins wurden von Medien und Politikern als die Nazis überhaupt dargestellt. So konnte davon abgelenkt werden, daß größere Teile der Gesellschaft nach rechts gegangen sind, daß auch brav-bieder aussehende Menschen Nazi-Ideen vertreten.

Farin läßt in seinem Buch auch Skins selbst zu Wort kommen und schreibt nicht nur über sie wie Sozialwissenschaftler, die nie mit ihnen in Kontakt gekommen sind. Klaus Farins Buch ist lesenswert und regt zum Weiter- und Nachdenken an.

Fazit: Die meisten Nazis und Rassisten sitzen in bravem Outfit an Stammtischen und erzählen Türkenwitze oder in den Parlamenten und

diskutieren über die "Überfremdung des deutschen Volkes", lassen Flüchtlinge abschieben und wehren AusländerInnen das Wahlrecht. Auch ein Großteil der Steinschmeißer und Applaudierer bei den Pogromen in Rostock war "Normalbürger".

Kim, Lübeck, JRE-Mitglied



Anti-Krisen-Programm

Die wirtschaftliche Rezession bedroht uns mit Arbeitsplatzvernichtung, Reallohnsenkung und Sozialabbau. Aber muß es so sein? Wie wäre es, wenn die Reichen den Gürtel enger schnallen würden, die Großaktionäre für die Krise ihres Profitsystems bezahlen würden? Deshalb fordern wir:

- Erhalt aller Arbeitsplätze und sofortige Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Senkung des Rentenalters auf 55 Jahre
- Garantiertes Mindesteinkommen von 1800 DM netto für alle ab 18 Jahre
- Öffnung der Geschäftsbücher – wir wollen sehen, wo die Millionen hin sind, die wir erwirtschaftet haben
- Die Banken und Konzerne haben Hunderte von Milliarden DM auf der hohen Kante. 20 Prozent der Industriekapazität liegen brach, ganze Betriebe werden stillgelegt, weil die Bosse sie nicht mehr gebrauchen können. 5 Millionen Menschen werden zum Nichtstun verdammt, obwohl die Gesellschaft Wohnungen, Schulen und neue Bahnstrecken braucht. Nur die Profitgier einer kleinen Minderheit, den Besitzern von Kapital und Betrieben, steht der Nutzung der Kapazitäten der Gesellschaft im Weg. Deshalb fordern wir:
- Ein massives öffentliches Investitionsprogramm im Wohnungsbau, Öffentlichen Verkehr, Umwelt-, Bildungs- und Sozialbereich Finanzierung durch:
- Überführung der großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum
- Leitung der Wirtschaft durch demokratisch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter von Beschäftigten und Gewerkschaften, die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn
- Demokratische Produktionsplanung nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt

Und ab geht die Post!

Kaum Übernahme, weniger Ausbildung

In Orten, wo früher die Bundespost die Mehrzahl der Ausbildungsplätze anbot, stehen die Ausbildungsstätten vor der Schließung. Bei der Telekom set 1991 bis die Hälfte der Ausbildungsplätze zum Kommunikationselektroniker abgebaut worden. Von ehemals 4500 Ausbildungsplätzen sind noch 2300 vorhanden. Schenkt man den Gerüchten Glauben, werden im nächsten Jahr noch einmal 900 Ausbildungsplätze gestrichen.

Auch an der Qualität der Ausbildung wird sich einiges ändern. Die praktische Ausbildung wird von den Berufsbildungsstellen in den Betrieb verlagert, qualifizierte Ausbilder durch "learning by doing" ersetzt. Zukünftig sollen nur noch in den Ballungszentren wie Frankfurt oder München Ausbildungsstätten existieren. In einigen Gebieten würde so überhaupt keine gewerblich-technische Ausbildung mehr stattfinden. Mehr Jugendliche würden gezwungen, ihr soziales Umfeld zu verlassen, um in Großstädten einen Job zu finden.

Schon seit Jahren bekamen die Ausgeleiteten fast ausschließlich in den Bal-

lungszentren Jobs. Für 1994 hat die Telekom angekündigt, daß die 4000 auslernenden Kommunikations-Elektroniker nicht weiterbeschäftigt werden. Im Postdienst wird es im kommenden Jahr erstmals keine Übernahmezusagen für Azubis geben, die Postbank praktiziert dies schon seit einem Jahr.

Innerhalb der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) geht es nur am Rande um Ausbildung und Übernahme. Die DPG versucht immer noch, die Arbeitsplatzvernichtung "sozialverträglich" zu regeln. Wenn die meisten der jetzt fest Beschäftigten ihre Jobs behalten, man sich aber dafür keine weiteren Probleme mit Azubis aufhalst, ist ist das sozial verdammt wenig verträglich.

Das nützt keinem Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger oder Schüler und keinem Arbeitnehmer, sondern trägt zur Entsolidarisierung der Arbeitnehmervertretungen bei. Wir brauchen die GEGENWEHR aller Einzelgewerkschaften für den Erhalt jedes Arbeitsplatzes.

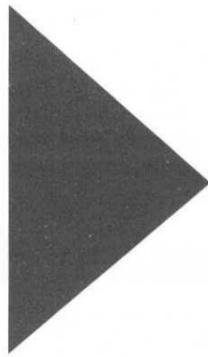
Thomas und Andreas, Mitglieder DPG, Telekom Kassel

Keine Firma wird von magischen Kräften gezwungen, die Produktion von einem Land in ein anderes zu verlagern. Kapitalbesitzer sind Menschen, die bewußte entscheiden, wo sie ihr Kapital einsetzen und wo nicht. Sie sind dann für die Folgen ihrer Entscheidungen verantwortlich. Der Konkurrent der deutschen Automobilindustrie ist nicht die ganze tschechische Republik, sondern Skoda. Wem gehört Skoda? VW. Also: wer entscheidet, ob die Löhne in Tschechien niedriger sind als in Wolfsburg?

Diejenigen, die für niedrigere Lohnkosten in Wolfsburg eintreten, um "Arbeitsplätze in Deutschland gegen die ausländische Konkurrenz zu schützen"! Und wieso sind die Lohnkosten bei VW in Mexiko niedriger als in Deutschland? Weil VW seine ganze Macht – und die Staates – gegen mexikanische Kollegen nutzt, die für menschenwürdige Löhne streiken.

Bosse auf

Warum über den "Standort"



"Man erreicht das (die Bereitschaft zum Lohnverzicht, die Red.), indem man jedem heutigen oder potentiellen Beschäftigten die Angst vor der Arbeitslosigkeit in den Kopf hämmert . . . wenn es eines bestimmten Sockels der Arbeitslosigkeit bedarf, um den Arbeitsmarkt aufzulockern, dann soll es so sein. Wenn der Terror des Schlangestehen der Arbeitslosen die einzige Waffe ist, die die Vorherrschaft der Gewerkschaften wegfegen kann, dann muß dieser Terror sein."

(Financial Times, 28. 9.)

Operation Niedriglohn

Regierung und Kapital nutzen die Standortdiskussion zum Angriff auf soziale Errungenschaften

"Der Industriestandort Deutschland ist zu teuer. Immer mehr Unternehmen wollen Produktionsstätten in andere Länder verlagern. Wenn die Betriebe hier bleiben sollen, müssen die Arbeiter länger arbeiten und weniger verdienen."

Unternehmer, Regierung und Medien verbreiten die Horrorgeschichte eines von Betrieben leergefegten Landes, weil die Beschäftigten zu gierig waren.

Autoindustrie oder bei der Unterhaltungselektronik. Man würde "den Japanern" weit hinterherhinken. Arbeitsplätze und Betriebe in Deutschland seien gefährdet. Abgesehen davon, daß es nicht Gewerkschaften, sondern Manager sind, die seit Jahren immer weniger in die Forschung investieren und in den technischen und organisatorischen Rückstand geraten sind: Wer soll das alles kaufen? Es werden zu viele Autos produziert. Steigt die Produktivität durch bessere Ausnutzung der Arbeitskräfte an, werden noch mehr Beschäftigte "freigesetzt". Schon heute sind 100 000 Arbeitsplätze in der deutschen Automobilbranche und 200 000 bei den Zulieferern akut bedroht. Europaweit existieren Überkapazitäten von bis zu 2 Millionen Fahrzeugen im Jahr.

Auch die japanische Autoindustrie, von deutschen Unternehmen als überdimensionales Schreckgespenst dargestellt, steckt in einer schweren Krise. Der Absatz sinkt seit zwei Jahren, nichts deutet auf eine Wiederbelebung des Marktes hin. Japanische Banken sagen jährliche Überkapazitäten von 1,5 Millionen Fahrzeugen bis zum Jahr 2000 voraus.

tur gehört dazu auch die politische Stabilität, die in der "Heimat" größer und direkter zu beeinflussen ist. "Das Kapital hat die Ortsfestigkeit einer Spinne bewiesen, die ihre Fäden zwar weit hinausspinnt, ihren Raub aber stets in derselben Ecke verdaut." so Peter Scherer, Leiter

renz des Lohnverzichts. Und die ArbeiterInnen aller "Standorte" verlieren.

Die EG behauptet, daß die Lohnkosten in ganz Europa zu hoch seien. Doch das sagen die Unternehmer in den USA und Japan auch! Im letzten Jahr bekamen die japanischen Arbeiter mit 1,9 Prozent die

nach Südostasien nicht hauptsächlich wegen der niedrigen Löhne, sondern wegen des hohen Yen.

Billiglohnländer

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Der Anteil der Investitionen in Niedriglohnländern an den deutschen Auslandsinvestitionen ist in den 80er Jahren von 15 auf 10 Prozent gesunken. Statt einer stärkeren Verlagerung in Billiglohnländer gibt es eine zunehmende Konzentration von Produktionsstätten in den reichsten kapitalistischen Ländern mit den höchsten Löhnen. Die Hauptgründe, warum Unternehmer Fabriken in anderen Ländern aufbauen, sind eben nicht die niedrigeren Lohnkosten, sondern vor allem die Nähe zu neuen Absatzmärkten (siehe Grafik). Daher investieren deutsche und japanische Firmen in den USA, arabische Unternehmer in Europa – und nur sehr wenige in Rußland oder Uganda.

Die Konzerne verlegen nicht mal eben ihre Betriebe in Billiglohnländer. Nur ein kleiner Teil der Fabriken könnte ernsthaft ausgelagert werden. Standortentscheidungen werden nicht kurzfristig anhand aktueller Konjunktur-Einbrüche getroffen, sondern längerfristig geplant.

Produktivität

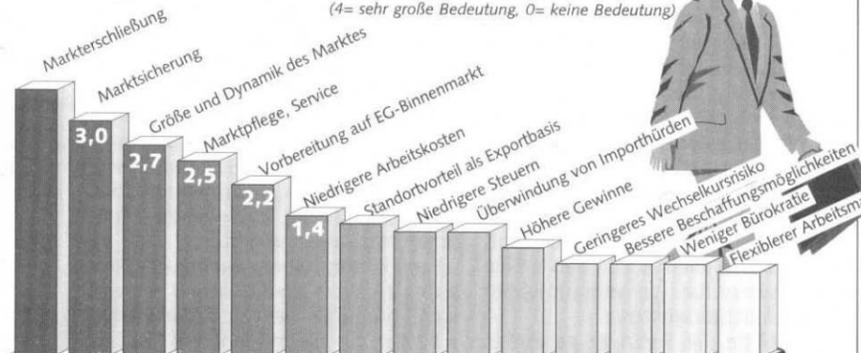
Das deutsche Kapital klagt, daß durch unflexible Arbeitszeiten die Produktivität zu niedrig sei, zum Beispiel in der

Der große Bluff

Der Industriestandort Deutschland ist nicht stärker bedroht als andere Standorte. Die Bedrohung geht von den Kapitalisten aller Länder aus. Die deutschen Unternehmer werden ihren Schwerpunkt hier behalten. Neben der technischen, verkehrsmäßigen und Absatz-Infrastruktur

Warum er im Ausland investiert:

Rangordnung der Motive deutscher Unternehmen für Auslandsinvestitionen (4= sehr große Bedeutung, 0= keine Bedeutung)



der IGM-Zentralbibliothek.

Die Unternehmer brauchen die Standortdebatte, um uns weichzukochen. Sie brauchen die Keule der internationalen Konkurrenz, um die sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit loszuwerden. Die Schuld für die Krise wird so anderen Ländern oder den Beschäftigten hier zugewiesen. Egal, in welchem "Standort": Das Kapital versucht, die Profite in Zeiten sinkenden Absatzes durch Angriffe auf Löhne und Sozialleistungen zu sichern und um seinen Anteil am Volkseinkommen weiter zu erhöhen.

Europa: Spirale abwärts

In allen Ländern Europas wird der "Standort gesichert":

■ Italien: Die gleitende Lohnskala (automatische Anpassung der Löhne an die Inflationsrate) ist gestrichen worden. Die Reallöhne sinken um mindestens 2 Prozent.

■ Belgien: Die Regierung versucht dort, das gleiche durchzusetzen.

■ Spanien: Hier sollen die Arbeitnehmer mindestens 3 Jahre Senkungen ihres Lebensstandards hinnehmen, entweder "freiwillig" durch einen "Sozialpakt" mit den Unternehmern oder von der Regierung durchgeboxt.

■ Schweden: Die Gewinne der Banken und Großkonzerne werden durch Senkungen der Unternehmenssteuern erhöht, die durch drastischen Sozialabbau finanziert werden.

Wenn sich die Gewerkschaftsführungen darauf einlassen, wird es eine Spirale der Lohnsenkungen geben. Die Konkurrenz der Standorte bedeutet eine Konkur-

niedrigste Lohnerhöhung seit 34 Jahren. Nächstes Jahr wollen die Konzerne gar Lohnkürzungen durchpeitschen – "um Arbeitsplätze zu sichern".

Die Kapitalisten werden immer Länder finden, wo niedrigere Löhne gezahlt werden. In der Propaganda japanischer Konzerne sind jetzt sogar Südkorea und Taiwan zu teuer, bei chinesischem Lohnniveau – ein Zehntel des japanischen – lohne sich das Investieren wieder.

Währungspolitik

Doch jahrelange Anstrengungen, in einem Betrieb die Produktivität zu erhöhen und die Produkte billiger zu verkaufen, können an einem Tag von den Währungsspekulanten in London oder von den Finanzministern in Brüssel zunichte gemacht werden. Die Wettbewerbsfähigkeit wird stark von den Wechselkursen bestimmt. Durch die Abwertung der Lira im Sommer wurden italienische Produkte schlagartig um 25-30 Prozent billiger auf dem Weltmarkt als gleichwertige deutsche Produkte, ohne daß ein italienischer Kollege bei Ford Köln schlechter arbeitet als einer bei Fiat in Turin.

Die japanische Industrie leidet unter dem starken Yen genauso wie die deutsche unter der starken DM. Der Yen ist dieses Jahr gegenüber dem US-Dollar um ca. 20 Prozent angestiegen. Das hat das japanische Wirtschaftswachstum um 1,2 Prozent gebremst. Allein Sony rechnet, daß jeder Anstieg des Yen um einen Punkt (ca. 1 Prozent) gegenüber dem Dollar die Konzerngewinne um umgerechnet 60 Millionen DM schmälert.

Die großen Namen der Auto- und Elektronikbranche verlegen ihre Produktion

Deregulierung

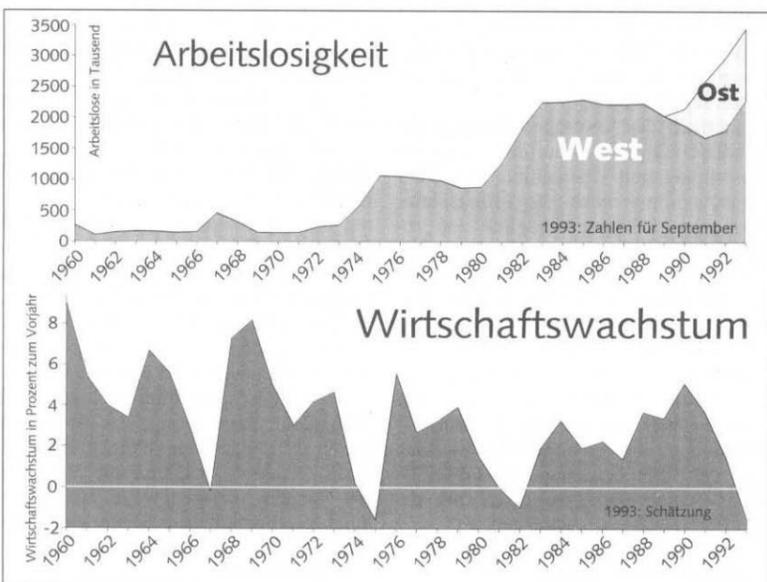
Auf den ersten Blick ist die Arbeitslosigkeit in Europa schlimmer als in den USA. Dort sind anders als in Europa in den 80er Jahren Millionen neue Arbeitsplätze entstanden. Die EG und die Regierungen wollen uns weismachen, die mangelnde Flexibilität des Arbeitsmarktes sei daran Schuld, daß die Unternehmer keine Leute heuern. Deshalb sollen die Errungenschaften, die die Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten erkämpft haben, abgebaut werden.

"Deregulierung" – heuern und feuern – soll durchgesetzt werden. Doch die Mitglieder der IGM, ÖTV und der IG Chemie und vor allem deren Vorsitzende sollten wissen, daß die Realstundenlöhne in Amerika heute 19 Prozent niedriger sind als vor 20 Jahren. Die Reallöhne der ungelerten Arbeiter sind um 30 Prozent gesunken. Aber selbst dieser "Verzicht" hat den Abbau von Industriearbeitsplätze nicht verhindert.

Auf den "deregulierten Arbeitsmärkten" USA und Britannien ist die Zahl der 25-54-jährigen Männer ohne Arbeit höher. Viele erscheinen nicht in der Statistik als "Arbeitslose", sondern sind "wirtschaftlich inaktiv". Die Summe dieser beiden Kategorien sind die "Nicht-Beschäftigten". (Ähnlich wurde in der BRD 1988 die Statistik geschönt). Der Anteil männlicher Nicht-Beschäftigter betrug während des Booms der 80er Jahre 12 Prozent in den USA, 15 Prozent in Britannien aber "nur" 9 Prozent in Frankreich. Besser bezahlte Normalarbeitsverhältnisse sind durch die Deregulierung zurückgedrängt worden.

Die entlassenen Autoarbeiter in Detroit und die Hafnarbeiter in Liverpool blieben auf der Strecke. Die neu geschaffenen Jobs hauptsächlich für Frauen waren extrem schlecht bezahlt, zumeist Halbtagsjobs ohne jegliche Sicherung.

Deregulierung schafft keine neuen Arbeitsplätze. Sie reduziert nur den Lebensstandard und verschlechtert die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Padraig Flynn, EG-Kommissar für Soziales, erklärt die Folgen im Fall Britannien: "Die Hälfte der Bevölkerung lebt jetzt von einem Viertel des Volkseinkommens statt von einem Drittel wie vor 10 Jahren. Und es gibt immer noch 3 Millionen Arbeitslose." Diese Superausbeutung, diese Ungleichheit macht die Reichen noch reicher, doch sie macht die Wirtschaft kein bißchen effizienter. Flynn weiter: "Britische Löhne sind jetzt 30 Prozent niedriger als in Belgien, doch die Produktivität in Britannien beträgt genau 70 Prozent der belgischen."



der Flucht?

„Ort Deutschland“ diskutiert wird

**Solidarität
statt
Spaltung**

Der IG-Chemie-Chef Hermann Rappe verwies in einem Interview am 6. September auf das „gute Beispiel im Bergbau“, wo im Interesse der eigenen Arbeitsplätze auf Lohnzuwachs verzichtet worden sei. Dies empfahl er auch für andere Bereiche. Ende September streikten spontan 80 000 Bergarbeiter gegen die Kahlschlagpläne in ihrer Branche.

Wer A sagt . . .

Die Führungen der DGB-Gewerkschaften lehnen die brutalen Angriffe ab und wollen Löhne und soziale Errungenschaften verteidigen. Sie fordern „industriepolitische Dialoge“, Kompromißbereitschaft. Doch sie lassen sich auf die Logik des Kapitals ein. Sie versuchen, die Unternehmer davon zu überzeugen, daß man auch ohne den Sturmangriff auf die Löhne und Rechte der ArbeiterInnen die deutsche Industrie in den internationalen Kampf um Absatzmärkte führen kann.

IG Metall-Vorsitzender Zwickel wirft den Automobil-Konzernen vor, nicht rechtzeitig moderne (arbeitsplatzvernichtende) Produktionsmethoden wie die „lean production“ eingeführt zu haben, fordert eine gemeinsame Strategie von-Unternehmern, Gewerkschaften und dem Staates, um deutsche Konzerne gegenüber Japan und anderen Ländern fit zu machen.

. . . kann zum B gezwungen werden

Wenn die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe durch ein bißchen gewerkschaftliche „Vernunft“ und „Bescheidenheit“ gewahrt wird, warum dann nicht noch vernünftiger, noch bescheidener sein? Nach dieser Logik würden noch mehr Arbeitsplätze gesichert werden. Wer sich als Gewerkschafter dem Kampf für den „Standort Deutschland“ verschreibt, wird genau damit von den Unternehmern in die Ecke gedrängt werden. Ergebnis ist eine Schwächung des Kampfes zur Verteidigung von Arbeitsplätzen und sozialen Standards.

Wir meinen, daß die Gewerkschaften sich nicht den Kopf zerbrechen sollten, wie die Konzerne ihre Profite aufrechterhalten können. Sie müssen von den Interessen der ArbeiterInnen ausgehen.

Wir schlagen vor, jeden Arbeitsplatz und jeden Betrieb zu verteidigen, unabhängig davon, ob die Unternehmer behaupten, diese seien unproduktiv oder nicht konkurrenzfähig. Wir treten für die automatische Anpassung der Löhne an die Teuerungsrate und die sofortige Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich ein. Um die Spaltung innerhalb Deutschlands aufzuheben, muß in Ost und West gleicher Lohn für gleiche Arbeit bezahlt werden.

Internationale Solidarität

Das Kapital nutzt die internationale Konkurrenz, um die Arbeiter gegeneinander auszuspielen. Dem müssen wir die internationale Solidarität entgegensetzen. Nicht als schönen Spruch, sondern konkret. Wenn Metallunternehmen mit Produktionsverlagerung in die Tschechische Republik drohen, dann muß die IG Metall Verbindungen mit den Arbeitern dort aufnehmen, um zu überlegen, wie gemeinsam für Arbeitsplätze und bessere Löhne gekämpft werden kann. Wenn die Autokonzerne eine Strategie gegen Japan fordern, dann müssen Verbindungen mit japanischen Gewerkschaftern her.

Das ist nicht nur eine Aufgabe der Gewerkschaftsführer. Wir müssen selbst von Betrieben aus die Verbindungen zu den KollegInnen aufnehmen.

Diese Seiten wurden von Geert Möbius, Claus Ludwig und Brent Kennedy, Köln, zusammengestellt.



Autoproduktion bei Nissan und VW: In Japan und der BRD wird den Arbeitern eingeredet, ihre Löhne seien zu hoch und der Standort gefährdet

Industrieller Kahlschlag im Osten

Die West-Konzerne brauchten nur Supermarktkunden / keine Produktionsstätten

Laut Unternehmen und Regierung – und der SPD – besteht im Osten eine „Lohn-Produktivitätslücke“. Dies ist ihrer Meinung nach auch der Grund für die Zerschlagung der dortigen Industrie. Um zu retten, was noch zu retten ist, müßten die Löhne auf längere Sicht niedriger bleiben, dürften nicht schneller steigen als die Produktivität.

Produktivitätslügen

Entgegen aller Propaganda liegen die Löhne im Osten real nur bei 50-60 Prozent. Die Produktivität ist zum Teil niedriger. Dies liegt jedoch nicht etwa am schlechteren Ausbildungsstand der Ossi, an „maroden Betrieben“ oder gar der „Faulheit“ der Ost-KollegInnen. Moderne Technologien und know-how hätten flächendeckend im Osten eingeführt werden, eine Produktivität wie im Westen schnell erreicht werden können. Unternehmen können, wenn sie sich Ge-

winne erhoffen, aus dem Nichts modernste Fabriken hochziehen. Die Konzerne haben dies nicht getan. Nicht, weil die Löhne zu hoch waren – die Unternehmen brauchen die industriellen Kapazitäten der fünf neuen Länder nicht. Die Industrien in Westdeutschland reichen aus, um die vorhandenen Märkte zu beliefern.

Ohne Investitionen jedoch, bei Herunterfahren der Produktion, bei Einführung neuer Technologien in nur einem Teil der Betriebe, kann die Produktivität nur langsam ansteigen.

Facharbeiter zu Konsumenten

Auf dem Gebiet der Ex-DDR werden auch Betriebe plattgemacht, die vor drei Jahren von der Treuhand noch als produktiv und sanierungsfähig eingestuft wurden. Bestes Beispiel ist das Kali-Werk in Bischofferode.

Die West-Industrie nutzte den Osten

lediglich als riesigen Supermarkt, Übernahme Lagerstätten und Vertriebsnetze. Die wenigen Investitionen dienten dem Abkassieren staatlicher Subventionen. Dieser neue Markt wurde teils aus den Taschen der West-ArbeiterInnen, teils auf Pump finanziert. Der Boom ist jetzt zu Ende. Der deutsche Kapitalismus hat die Ex-DDR nicht aufgebaut, sondern die brutalste Deindustrialisierung der Geschichte vollzogen und die Wirtschaftsstruktur der fünf neuen Länder auf den Stand eines Entwicklungslandes zurückgeworfen. Zwei Drittel aller Industriearbeitsplätze wurden vernichtet. In den fünf neuen Ländern werden heute 3 Prozent der gesamtdeutschen Industrieproduktion hergestellt.

So konnten sich die Unternehmen der Weltrezession für 2 Jahre entziehen und Rekordgewinne erzielen. Die Rechnung wurde den Lohnabhängigen West und Ost präsentiert.

„Bescheidenheit“ und weitere Auf-

schübe von Ost-West-Lohnausgleich würden den industriellen Kahlschlag im Osten nicht rückgängig machen und Unternehmer nur beschränkt zu Investitionen veranlassen. Als Billiglohngebiet müßte Ostdeutschland mit Tschechien und Polen konkurrieren.

Teile und herrsche

Der Versuch, niedrigere Löhne in Ostdeutschland zu zementieren, verschafft den Kapitalisten, die dort sowieso produzieren lassen, zusätzliche Profite. In erster Linie dient er jedoch dazu, den Druck auf den Lebensstandard im Westen zu verstärken, um in der ganzen Republik Löhne, Sozialleistungen und gewerkschaftliche Rechte zurückzudrehen.

Wir kämpfen gegen ein Billiglohngebiet in den fünf neuen Ländern und für die sofortige Durchsetzung von 100 Prozent der Westlöhne im Osten.

50 Millionen Arbeitslose

Enorme Verschwendung menschlicher Arbeitskraft

Fast 6 Millionen Menschen werden in der Bundesrepublik daran gehindert zu arbeiten. Das ist in Frankreich oder Britannien nicht anders. Insgesamt sind in den reichen Industriestaaten 50 Millionen ohne Arbeit.

Das ist billig für die Unternehmer, die diese Arbeitskräfte nicht brauchen, weil sie ihre Produkte nicht mehr verkaufen können.

Teuer ist es für die Steuer- und Beitragszahler, für den Rest der arbeitenden Menschen: Arbeitslosengeld/-hilfe, Sozialversicherungsbeiträge, Sozialhilfe, Wohngeld und der Verlust an Steuereinnahmen ergeben jährlich Kosten von 45 000 DM pro Arbeitslosen. Ein Arbeitsloser stellt keine Werte her. Stattdessen werden Werte zerstört: Wer länger aus dem Beruf raus ist, bekommt Neuerungen nicht mit, seine Ausbildung wird wertlos. Langzeitarbeitslosigkeit macht Menschen krank. Krankheit kostet Geld.

Niemand kann behaupten, daß zu viel produziert wird. In der Bundesrepublik fehlen 2,5 Millionen Wohnungen. Es gibt zu wenig Kindergärten, Schulen werden nicht repariert. Der öffentliche Verkehr muß ausgebaut, die Umwelt saniert werden.

Wenn alle Menschen arbeiten würden, würden mehr Werte produziert werden. Technisch wäre es kein Problem, die Arbeitszeit aller planvoll einzusetzen. Neue Technologien und Rationalisierungen würden dann auch nicht zu Massenarbeitslosigkeit und zum Verfall ganzer Regionen führen, sondern zu Steigerung der Herstellung notwendiger Dinge. Bei steigender Produktivität könnte die Arbeitszeit für alle gleichmäßig verkürzt werden.

Doch der Kapitalismus ist nicht in der Lage, die vorhandenen Arbeitskräfte sinnvoll und planvoll einzusetzen. Die Konzerne benutzen nur einen Teil der

Arbeitskräfte, um mit ihnen Profit zu machen. Diese wollen sie jetzt sogar stärker auspressen: Sie fordern längere Arbeitszeiten, der öffentliche Dienst macht den Vorreiter. In Bayern und Schleswig-Holstein wird die Arbeitszeit für Beamte um eine Stunde verlängert. Die Arbeitszeitverlängerung um 2 Stunden bedeuten bereits 1 Millionen mehr Arbeitslose.

Unsere Alternative

Die Unternehmer können nicht per Gesetz dazu gezwungen werden, ihre Profite zu beschneiden und endlich die Arbeit gleichmäßig zu verteilen. Um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, muß das Marktprinzip außer Kraft gesetzt werden. Den Kapitalisten muß die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel genommen, sie müssen enteignet und die Betriebe unter demokratischer Kontrolle



der Beschäftigten verstaatlicht werden. Die Betriebe würden durch Vertreter der Belegschaften, der Gewerkschaften und des Staates verwaltet. Zusammen mit Wissenschaftlern, Umweltschützern, Verbrauchern und Mietern könnte ein demokratischer Produktionsplan aufgestellt werden.

Wir kämpfen daher für den Erhalt aller vorhandenen Arbeitsplätze, die Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle durch massive Arbeitszeitverkürzung und die Entmachtung der Unternehmer.



Kambodscha: Noch mehr "Normalität"

Der Tod des jungen Sanitätssoldaten Alexander Arndt in Phnom Penh war kein Unglücksfall. Er ist Konsequenz der Politik der Bundesregierung. Die Bevölkerung soll an den Einsatz deutscher Soldaten in aller Welt gewöhnt werden. Zu diesem Zweck wurden Minensuchboote an den Persischen Golf, Hubschrauber nach Iranisch-Kurdistan und eben auch die Sanitäter nach Kambodscha geschickt. Vorläufiger Höhepunkt ist der Einsatz in Somalia. Auch wenn die Soldaten persönlich den Menschen in Phnom Penh helfen wollten: Sie sind zu Propagandazwecken dort. Zur Gewöhnung an militärische Einsätze gehören nicht nur die Bilder fröhlicher oder gelangweilter Soldaten, sondern auch Leichen. "Die Deutschen müssen damit leben, daß auch Soldaten der Bundeswehr bei UNO-Einsätzen ums Leben kommen.", erklärte der SPD-Geschäftsführer Verheugen.

Zynisch werden auch salbungsvolle Sprüche wie "er hat sich um Deutschland verdient gemacht" geklopft. All das kennen wir doch?!

Wir werden uns nicht an Soldaten und Leichen "gewöhnen": Sofortiger Abzug aller deutschen Soldaten aus Somalia und Kambodscha!

ai: Foltern geht weiter

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation amnesty international hat die vielgepriesene "Neue Weltordnung" nichts an der Situation der Menschenrechte geändert: "Waren früher autoritäre Regime und Militärdiktaturen die Hauptschuldigen, sind es heute zunehmend Regierungen, die vorgeben, die Menschenrechte zu garantieren."

USA: Armut steigt

Die Armut in den USA ist auf dem höchsten Stand seit 30 Jahren. 36,9 Millionen Menschen leben offiziell unter der Armutsgrenze. Diese liegt bei 23 000 DM jährlich für eine vierköpfige Familie.

Der Anteil der Armen unter der schwarzen Bevölkerung beträgt 33,3 Prozent und ist damit dreimal so hoch wie bei den Weißen. Jedes fünfte Kind gilt als arm.

Griechenland: Wahlschlappe der Rechten

Die konservative Regierung Mitsotakis hat die Antwort für ihre arbeiterfeindliche Sparpolitik bekommen. Bei den Parlamentswahlen verlor sie 7,6 Prozent. Die PASOK – Panhellenische Sozialistische Bewegung – unter Andreas Papandreu gewann die absolute Mehrheit der Mandate.

Die PASOK war schon in den achtziger Jahren mit einem Programm für Umverteilung zugunsten der Arbeiter und gegen die NATO-Mitgliedschaft an die Regierung gekommen, hatte aber die Unternehmer nicht angetastet und letztendlich den ArbeiterInnen die Lasten der wirtschaftlichen Krise aufgebürdet. Auch heute macht Papandreu zwar Versprechungen von sozialer Gerechtigkeit, doch die Arbeiterbewegung wird sich jede Reform erkämpfen müssen.

Auch die PASOK setzt zuweilen auf aggressiven Nationalismus gegen Mazedonien, um "die Griechen" gegen einen "äußeren Feind" zu versöhnen. Im Zuge der nationalistischen Stimmung konnte auch die rechtsextreme Partei "Politischer Frühling" 10 Mandate gewinnen.

Wirtschaftskrise ohne Ende?

Aufschwung: Ob 1994 oder später, die Arbeitslosigkeit wird weiter steigen

In Helmut Kohls "Weiter-so-Deutschland" der 80er Jahre wurde bereits das Ende der Krisenhaftigkeit der Marktwirtschaft verkündet. Dann wurden für Ostdeutschland sogar blühende Landschaften versprochen (er meinte wohl die Blumen in den Fabrikrüben). Jetzt heißt es, wir hätten halt schon lange über unsere Verhältnisse gelebt, doch der nächste Aufschwung bringt wieder alles ins Lot. Ab sofort dürfen wir also auf den alles rettenden Silberstreif am Konjunkturhorizont starren. Was erwartet uns wirklich?

Ursache der Krise

In der Marktwirtschaft bestimmen die Besitzer der Konzerne, bzw. von ihnen beauftragte Manager, was produziert und ob investiert wird. Ihre Entscheidungen werden nicht danach getroffen, ob ein Produkt von der Masse der Bevölkerung gebraucht wird, sondern ob sie durch Herstellung und Verkauf einen größ-

möglichen Gewinn erzielen können.

Unternehmer befinden sich in Konkurrenz zueinander. Jeder versucht, soviell wie möglich so billig wie möglich herzustellen. Die Produktionskapazität wird immer größer, da aber immer bessere Maschinen und Arbeitsorganisation eingesetzt werden, hält die Zahl kaufkräftiger Massenkunden – nämlich die Arbeitnehmer/innen – mit diesem Zuwachs nicht mit. Der Absatzmarkt wird enger, die Konkurrenz schärfer, aber Rationalisierungen und Entlassungen bewirken ein weiteres Schrumpfen des Absatzmarktes. Also werden auch Investitionen gestoppt, Fabriken geschlossen etc.

Eine Krise entsteht in der Marktwirtschaft also nicht aus fehlenden Produktionsmöglichkeiten, sondern aus zu großen (gemessen an der Kaufkraft, nicht an den Bedürfnissen). So kann es also gleichzeitig Hunger und diverse Fleisch-, Butter- oder Obstberge in EG-Lagerhäusern geben, können Bauarbeiter entlassen werden trotz akutem Wohnungsman-

gel.

Je weiter die Produktionstechnologie entwickelt wird, desto dramatischer wird dieser Widerspruch: Moderne Fabriken erfordern große Investitionen, können riesige Warenmengen ausstoßen, beschäftigen aber nur sehr wenig Arbeiter. Da überlegen sich die Kapitalbesitzer dreimal, ob sie aus so einer Investition Gewinn erzielen oder das Geld nicht doch lieber in Staatsanleihen mit garantierten Zinsen stecken! Kein Wunder, daß die Banken in Deutschland 1992 Rekordgewinne eingefahren haben.

Sackgasse der Marktwirtschaft

Solange die konjunkturellen Krisen nur kurze Verlangsamungen im Wachstum der Wirtschaft waren, war auch die Arbeitslosigkeit eine vorübergehende Erscheinung. Seit Anfang der 70er Jahre werden die Wachstumsspitzen immer niedriger und die Krisen immer tiefer.

Im Zuge der Vereinigung wurde zwar

nochmal ein durch staatliche Verschuldung finanzierter vom privaten Verbrauch getragener Boom erreicht. Doch dieser führte nicht zu einer grundlegenden Trendwende. Der Arbeitslosensockel aus den vergangenen Krisen wurde nicht abgebaut und im Osten wurde die Industrie zerschlagen. Die staatliche Verschuldungskrise wird die Zinsen hoch halten und öffentliche Kürzungen nach sich ziehen. Diese Situation ist in allen wichtigen Industrieländern gleich. Nirgendwo ist der rettende Absatzmarkt zu sehen, weder in den verarmten Entwicklungsländern noch im zerfallenen neo-kapitalistischen Osteuropa. In den Worten von Lothar Späth (Chef von Carl Zeiss Jena, ehem. Ministerpräsident von Baden Württemberg): "Der Weltmarkt schrumpft, während sich die Produktivitätsfortschritte überschlagen." Darum wird der nächste Aufschwung – ob 1994 oder später – das Problem Arbeitslosigkeit nicht lösen.

Geert Möbius, Köln

Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Revolution in Deutschland

Vor 75 Jahren: Novemberrevolution – der deutsche Kapitalismus wackelt

"Deutsche Revolutionäre sind sogar unfähig, einen Bahnhof zu stürmen, wenn der Schalter geschlossen hat, an dem man die Bahnsteigkarten löst", soll Lenin in einem entnervten Augenblick gesagt haben. Genau dasselbe behaupten viele Linke heute immer wieder von den Arbeitern. Sie seien verspießt, verbürgerlicht, egoistisch und für den Kampf oder gar die Revolution schon gar nicht zu gebrauchen. Dabei haben vor 75 Jahren ihre Großeltern gezeigt, daß auch in Deutschland Revolution möglich ist.

Angesichts der offensichtlichen Niederlage im ersten Weltkrieg häuften sich im Sommer 1918 spontane Meutereien in der deutschen Armee. Ganze Einheiten begingen Fahnenflucht. Schließlich sollte im November die deutsche Flotte von Wilhelmshaven aus in eine aussichtslose Seeschlacht gegen England

Tage später waren Hamburg, Lübeck, Bremen, Schwerin, Rostock, Hannover in der Hand der Arbeiter- und Soldatenräte. Schließlich erstreckte sich die Räteregierung auf 44 Städte.

Aufstand in Berlin

Am 9. November erreichte der Aufstand Berlin. Schon im März 1915 hatte es in Berlin die ersten Demonstrationen und Streiks gegen den Krieg gegeben. Am 1. Mai 1916 demonstrierten mehrere tausend gegen den Krieg. Karl Liebknecht hatte die Parole ausgegeben: "Der Hauptfeind steht im eignen Land! Nieder mit der Regierung! Nieder mit dem Krieg! Gegen die darauf folgende Verhaftung Liebknechts streikten die Arbeiter in den meisten Berliner Großbetrieben und in Braunschweig. Der Winter 1916/17 brachte eine Hungersnot in

Berlin streikten die Kollegen in Köln, Mannheim, Hamburg, Danzig, Leipzig, Nürnberg, München und anderen Städten gegen den Krieg. Zwar wurden diese ganzen Streiks wieder niedergeschlagen und die Führer inhaftiert oder an die Front geschickt. Doch der Kampf gegen den Krieg zog immer weitere Kreise. Im November 1918 sahen die Revolutionären Obleute Berlins, eine Organisation von Gewerkschaftsaktivisten aller wichtigen Betriebe, die Zeit für den Aufstand gekommen. "Am 9. November, morgens 3 Uhr wurde das 4. Jägerbattalion ... alarmiert. Aber die 3. Kompanie weigerte sich dienstzutun; den Offizieren gelang es nicht, die Disziplin herzustellen, sie vermochten lediglich, ... die Mannschaften von öffentlichen Demonstrationen abzuhalten. Dessen ungeachtet legten die Soldaten die Kokarden und Ehrenzeichen ab und wählten Soldatenräte.

... Als der trübe Novembertag anbrach, zeigte sich nichts, was ihn von anderen Tagen abhob. Die Verkehrsmittel waren vollständig in Betrieb und die Arbeitermassen strömten wie sonst in die Fabriken, Büros und Geschäftshäuser. Der Spießbürger konnte ruhig seinen gewohnten Morgenkaffee trinken. Revolutionsstimmung war nirgends sichtbar. Aber nach der Frühstückspause wurde es lebhaft. Die Fabriken leerten sich in unglaublichem Tempo. Die Straßen füllten sich mit gewaltigen Menschenmassen.

An der Peripherie, wo die größten Fabrikbetriebe liegen, formierten sich große Demonstrationen, die dem Mittelpunkt der Stadt zu strömten. Daß es sich nicht um eine friedliche Demonstration handelte, zeigten die zahlreichen Pistolen, Gewehre und Handgranaten, die überall sichtbar waren. Die Soldaten hatten die Kokarden abgelegt und wo sich ein Offizier mit Kokarde und Abzeichen blicken ließ, wurden sie ihm ... abgerissen. Automobile, mit Soldaten und Arbeitern besetzt, fuhren durch die Straßen. Es wurden Ansprachen gehalten. Die Freude über den Sturz des alten Regimes war unbe-

schreiblich groß. In der Straße Unter den Linden wogte eine dichte Menge von Frauen und bewaffneten Arbeitern und Soldaten. Gegen 4 Uhr erschien Karl Liebknecht. Er hielt von dem Schlosse und später vom Balkon Ansprachen: "Ich proklamiere die freie sozialistische Republik Deutschland.(...)Wir müssen (...) eine neue staatliche Ordnung des Proletariats schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder auf der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf. Wer von euch die freie sozialistische Republik Deutschlands und die Weltrevolution erfüllt sehen will, erhebe seine Hand zum Schwur." Alle Hände erheben sich und Rufe ertönen: Hoch die Republik! So beschreibt der Führer der Revolutionären Obleute, Richard Müller, den 9. November 1918 in Berlin. Ähnliches geschieht in diesen Tagen in ganz Deutschland. Die alten Herrscher werden abgesetzt und die Arbeiter und Soldaten übernehmen die Macht.

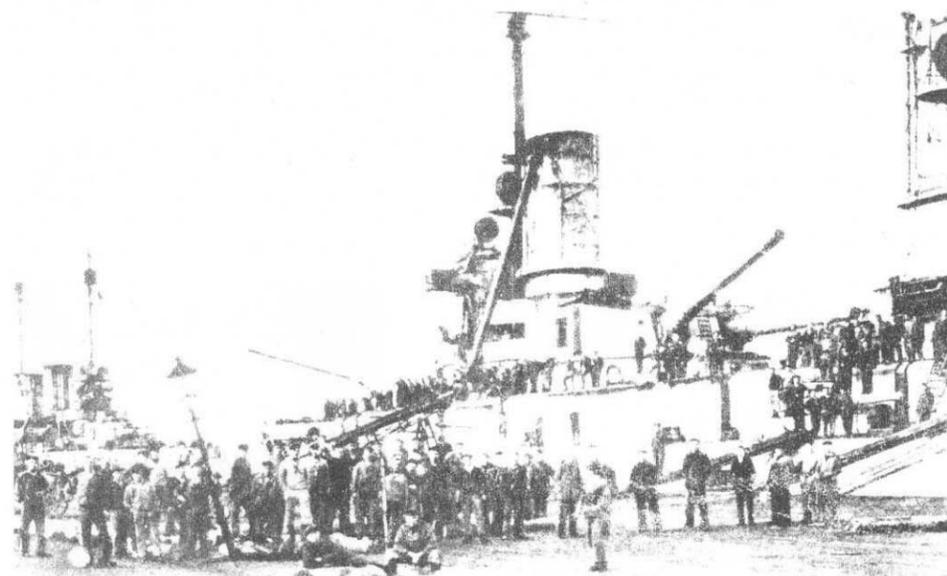
Sozialdemokraten

Allerdings gab es in den Räten verschiedene Vorstellungen, wie der neue Staat aussehen sollte. Der Führer der SPD, Ebert, hatte seinen Genossen Scheidemann schon am 9. November angefahren, was ihm denn einfallen, einfach die Republik auszurufen. Offen hatte Ebert bekannte: "Ich hasse die Revolution wie die Sünde". Über eine geheime Telefonleitung hielt er ständig Kontakt mit der Obersten Heeresleitung des Kaisers, damit ja alles mit "rechten Dingen" zugeht. Anstatt die Revolution in Deutschland zu vollenden und den Klassenbrüdern in den anderen Staaten im Kampf gegen Krieg und Kapital beizustehen, betrieb die SPD-Führung die schrittweise Entmachtung der Räte.

Sie organisierte die Freikorps, Einheiten reaktionärer Soldaten. Diese Freikorps wurden als Stoßtrupp der Konterrevolution die Vorläufer der faschistischen Bewegung.

Schritt für Schritt wurde die Revolution niedergeschlagen. Im Januar 1919 marschierten die Freikorps in Berlin ein. Im Mai wurde die Bayerische Räterepublik im Blut der Arbeiter ertränkt.

Bis 1923 gab es immer wieder Aufschwünge der Revolution. Erst 1933 konnten die Errungenschaften der Novemberrevolution zerschlagen werden.



Meuternde Matrosen in Wilhelmshaven, Anfang November 1918

geschickt werden. "Lieber in Ehren untergehen als besiegt zu werden", hatte Kaiser Wilhelm in seiner Residenz als Parole ausgegeben. Die Matrosen auf den Schiffen hatten da eine andere Meinung: Aufstand statt Untergang! Eine erste Meuterei konnte zwar noch niedergeschlagen werden, aber als die Flotte dann in Kiel vor Anker ging, war es soweit. Am 5. November 1918 übernahmen die Matrosen zusammen mit den Werftarbeitern die Macht in Kiel. Offensichtlich hatte es nur eines Signals zum Aufstand bedurft. Wie ein Lauffeuer breitete sich die Revolution über Deutschland aus. 2

Deutschland. Zu Ehren des damaligen Hauptnahrungsmittels hieß es bald "Kohlrabenschnitt, Kohlrabenschnitt, bis daß der Dreck zum Arsch raus spritzt." Plünderungen und sogenannte Hungerstreiks nahmen zu. Am 15. April rief die Versammlung der Berliner Metallarbeiter wieder zum politischen Massenstreik auf. Nicht nur in Berlin streikten über 300 000 Arbeiter aus 300 Betrieben, auch in Leipzig, Halle Braunschweig und Magdeburg standen die Räder still. Noch größere Ausmaße nahm die Streikwelle im Januar 1918 an. Neben einer halben Million Arbeiter aus

Kai Ruoff, Stuttgart

Jelzins Demokratie

Doppelputsch in Moskau: Der Sieg Jelzins wird sozialen Kahlschlag beschleunigen

VORAN unterstützte weder den Putsch von Jelzin noch die Clique um Ruzkoi. Beide handelten gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Beide unterdrückten jahrzehntelang die Bevölkerung mit stalinistischen Methoden, um ihre Privilegien zu erhalten. Damals schimpften sie sich "Kommunisten", um die Arbeiter besser zu betrügen. Jetzt versuchen sie, ihre Privilegien und ihren Reichtum kapitalistisch zu vermehren und nennen sich "Demokraten".

Daß keine der beiden Banden dem Volk was zu bieten hatte, daß sie kein Vertrauen genießen, wurde während des Putsches klar, aus dem sich die Bürger

bald die Politiker Jelzin für ihren Mann erklärten, nahmen die TV-Journalisten als selbstverständlich, daß die Putschisten als die Guten, das Parlament als die Schlechten dargestellt werden mußten. Die Belagerten im Weißen Haus wurden nicht mehr "Abgeordnete" genannt, sondern "Extremisten", ihre Anhänger "Vandalen".

Die Grenzen der Demokratie

Diktatorische Maßnahmen wurden kommentarlos hingenommen oder gebührt. Sowohl das Verbot oppositioneller Parteien und Zeitungen als auch die Vertrei-

tal ausliefern. Statt einen wachsenden Markt für Massenkonsumwaren zu schaffen, wird die russische Wirtschaft zu Boden gehen.

Millionäre und Massenarmut

Die verschärfte Ungleichheit in der Gesellschaft, die Entstehung einer neuen Klasse von Millionären auf Kosten der Masse, ist kein "Problem", sondern eine Notwendigkeit für den Aufbau des Kapitalismus. Die Konzentration des Reichtums in wenigen Händen ist Voraussetzung für dieses System.

Doch der Sturz der Mehrheit in die Armut wird eine blühende wirtschaftliche Entwicklung ausschließen. Nachdem die 1000prozentige Inflation den letzten Rubel aus den Taschen der Menschen gezogen und eine neue Klasse von Raubritter-Kapitalisten geschaffen hat (40 Milliarden US-Dollar auf westlichen Privatkonten!), wollen Jelzin und das internationale Kapital die Inflation bewußt durch Massenarbeitslosigkeit ersetzen.

Wie üblich planen IWF und Weltbank ein Heer von über 10 Millionen Arbeitslosen und Lohnsenkung für die Beschäftigten. Das soziale Netz wird abgebaut, ganze Regionen deindustrialisiert. "Ein unvermeidliches Nebenprodukt der Reformpolitik", verdeutlichen zynisch westliche Ökonomen das Schicksal der Mehrheit der Russen.

Privatisierungsrekord

Eines ist klar: Rußland ist jetzt ein kapitalistisches Land, und die Befürworter dieses Systems, Ost und West, müssen die politische Verantwortung für die Folgen tragen. Sie haben kein "altkommunistisches" Alibi mehr. Politisch ist jetzt alles in den Händen ihres Boris Bonaparte: Es gibt kein Parlament, keine unabhängige Justiz. Die Armee steht auf seiner Seite, die Medien sind unter seiner Kontrolle, ebenso die Staatsbank. Der Staatsapparat wurde gesäubert, die Regionalparlamente aufgelöst und die Gemeinderäte abgeschafft.

Es gibt jetzt freie Marktwirtschaft. Subventionen sind oder werden abgebaut, die Preise "befreit". Der Brotpreis ist um das Drei- bis Vierfache gestiegen, die Mieten könnten bis 10mal teuer werden. 20 Prozent der Arbeiter sind schon bei privaten Firmen beschäftigt, 3-4 Prozent der Industrie werden monatlich privatisiert. Laut Professor Layard, einem westlichen Berater, ist dies "der schnellste Prozeß der Privatisierung in der Geschichte der Menschheit (!). Die russische Regierung privatisiert mehr in jedem Monat als es Thatcher in 10 Jahren tat."

Wie stehen die Arbeiter dazu? Eine Umfrage in Juni/Juli zeigte, daß die meisten kleinere Privatisierungen unterstützen würden, wenn es darum ginge, ihre Wohnungen, ein Auto oder einen kleinen Laden kaufen zu können. Doch 72 Prozent lehnen die Privatisierung der verstaatlichten Betriebe ab. Eine Untersuchung kommt zu dem Schluß: "Es ist der Regierung nicht gelungen, dem Volk die Idee zu verkaufen, daß es von der Privatisierung profitieren würde."

Opposition wird entstehen

Die Isolation der Yuppie-Cliquen vom Volk wird deutlicher. Die unvermeidbare Instabilität wird die Vertreter der neuen Bourgeoisie zu offeneren diktatorischen Mitteln treiben, entweder durch eine Halb-Diktatur Jelzins mit parlamentarischer Kosmetik oder gar mit einer offenen Militärdiktatur. Noch spielt die Arbeiterklasse keine unabhängige Rolle. Sie hat keine eigene Partei. Der alltägliche Existenzkampf beansprucht ihre ganze Zeit. Doch das wird sich ändern.

Eine Streikbewegung in der Ukraine gegen die gleiche Politik hat es schon in Juni gegeben, und die Gefahr einer solchen Bewegung in Rußland war einer der Gründe hinter Jelzins Staatsstreik. Ein anderer Grund war die Wahl der ex-"kommunistischen" Parteien in Polen und Litauen, wo die Arbeiterklasse schon gegen die Auswirkungen der kapitalistischen "Reformen" protestiert.

Brent Kennedy, Köln

"Illusionen funktionieren nicht ewig"

Im Juli gab der russische Sozialist Sascha aus Leningrad VORAN-Unterstützern aus Berlin ein Interview über die Situation der Menschen in Rußland:

"Fabriken werden stillgelegt, weil kein Material vorhanden ist. Oder die Arbeiter werden für einige Zeit in Zwangsurlaub geschickt, sie bekommen zeitweilig keinen Lohn. Den Lohn bekommt man oft erst drei Monate später. Man lebt vom alten Lohn mit neuen Preisen.

Die Kategorie, der Verdienst, ändert sich ständig. Es läuft eine zeitlang und man verdient für unsere Verhältnisse ganz gut und dann geht es auf einmal bergab. 80 Prozent der Industrie macht keinen Gewinn. Da passiert es schnell, daß es dem Betrieb schlecht geht und die Arbeiter zu unbezahlten Arbeitern werden. Besonders hart trifft es die Intelligenz, also Lehrer und Doktoren, zum Beispiel meine Frau. Sie arbeitet in einer Apotheke und verdient monatlich 10 000-12 000 Rubel. Die billigste Wurst kostet jedoch 2000 Rubel. Ein weltbekannter Professor verdient 25 000 Rubel (ca. 40 DM).

Die Leute wissen nicht, wie sie überleben sollen. Anschaffungen gibt es nicht - keine Kleidung, kein Fernsehen. Viele denken, es wird nicht ewig so sein, sie hoffen zu leben wie im Westen.

Doch Illusionen funktionieren nicht ewig. Ein Mensch kann nicht unter immer schlechter werdenden Bedingungen leben und wie ein Sklave behandelt werden, ohne sich zu wehren. Selbst die Sklaven haben revoltiert.

Die kurzfristige Perspektive für die meisten ist der Gemüseanbau im Garten, mit dem sie sich über Wasser halten. Wer weiß, was der Herbst bringen wird. Nur eines ist angesichts Jelzins Politik sicher: Entlassungen und Betriebsschließungen."



Viele Russen müssen unter entwürdigenden Umständen um das tägliche Überleben kämpfen

Moskaus und Rußlands heraushielten.

Zwei Wege, ein Ziel

Jelzins Yuppies wollen den westlichen Bankiers Rußland so schnell wie möglich verkaufen. Dabei hoffen sie auf ihren Anteil des großen Geschäftes.

Ruzkoi wollte auch die neue Marktwirtschaft in Rußland, doch mehr unter Kontrolle des Staatsapparates und ohne die wilde Zerstörung der Industrie wie in der DDR. Er wollte den "chinesischen Weg zum Kapitalismus". Der Putsch war ein Machtkampf zwischen zwei Fraktionen der Herrschenden. Das Volk war

zung zweier Regionalgouverneure, des Vorsitzenden des Verfassungsgerichtes und des Vorsitzenden der Gewerkschaften aus ihrem Ämtern.

Tausende Oppositioneller wurden verhaftet und gefoltert, alles ohne ein Wort dagegen aus Bonn oder Washington. Boris Kagarlitzky, Schriftsteller und Moskauer Stadtrat, beschreibt, wie er und andere Stadträte in Handschellen gesteckt und geschlagen wurden, um "Geständnisse" aus ihnen herauszuholen. "Ich war Dissident unter Breschnjew und war 13 Monate inhaftiert, aber nicht einmal dort wurde ich so geschlagen."

Jelzin und die Armee haben das Parlament mit Waffengewalt aufgelöst, die Abgeordneten verhaftet und die gültige Verfassung mit Füßen getreten. Die bürgerlichen Regierungen im Westen haben das befürwortet, weil es in ihrem wirtschaftlichen Interesse liegt. Ihre Rechtfertigung des Putsches zeigt, wo ihre demokratische Überzeugung endet. Deutsche Politiker und Journalisten haben gelernt, sich vorsichtig und vage zu äußern. Unter sich sprechen europäische Geschäftsleute ihre wahre Meinung aus.

So schreibt die "Financial Times" in ihrem Kommentar vom 24. 9.: "Wenn die Gesetzgebung eines Landes dessen Regierbarkeit verhindert, sind außerrechtliche Handlungen unausweichlich. In solchen Situationen liegt die Macht bei denen, die die Loyalität des Unterdrückungsapparates haben ... Die westlichen Interessen sind unausweichlich an die Interessen von Herrn Jelzin gebunden ... In Abwesenheit von Parteien oder auch nur einer breiten Reformbewegung kann ein parlamentarisches System keine stabile, verantwortungsvolle Regierung hervorbringen".

Jelzin soll seine Legitimation durch eine Parlamentswahl am 12. Dezember bekommen. Doch diese Wahl wird undemokratisch sein. Mindestens acht Parteien bleiben verboten, Presse und Fernsehen stehen unter Zensur. Wer kandidieren will, muß bis zum 7. November 100 000 Unterschriften in mindestens sieben Regionen sammeln. Die neuen "Parteien", in Wirklichkeit Cliquen von Neureichen ohne jeglichen Kontakt zur Bevölkerung, sind politische Agenturen der neuen Kapitalisten. Sie haben Geld, Zugang zu den Medien und Hilfe vom Staatsapparat - und sonst nichts.

Die wahren Sieger am 12. Dezember werden der IWF und die westlichen Multis sein. Die folgende "Liberalisierung" der Wirtschaft wird Rußland schutzlos der Übernahme der Öl-, Gas- und Mineralquellen durch das ausländische Kapi-

Während des Putsches hat die Schwesterzeitung von VORAN, Rabotschaja Demokratia (Arbeiterdemokratie) folgende Forderungen veröffentlicht:

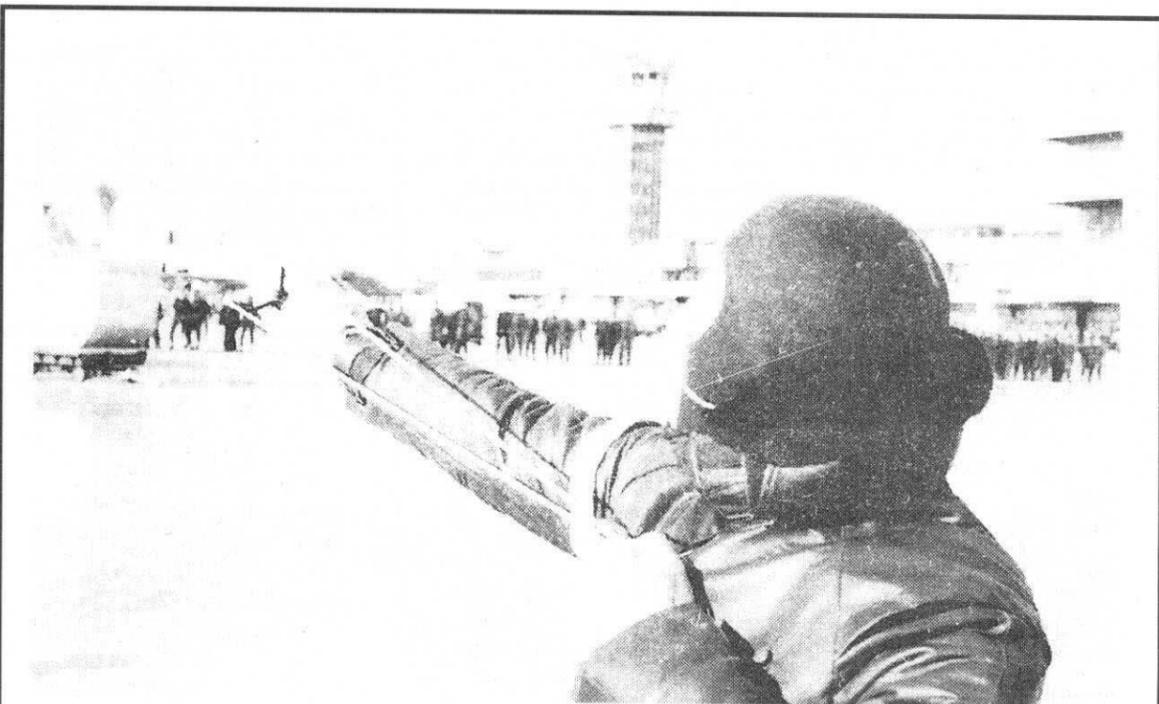
- Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit
- Volles Streikrecht
- Nein zu Notstandsmaßnahmen und Sondervollmachten der Regierung
- Freie und demokratische Wahlen auf allen Ebenen unter der Kontrolle der Arbeiterorganisationen. Eine verfassungsgebende Versammlung, die das ganze Volk repräsentiert, nicht nur die herrschende Elite
- Die aktive Teilnahme der Arbeiterklasse an den Wahlen, betriebliche Treffen und Aufstellung eigener Kandidaten auf der Grundlage folgenden Programms: den Zusammenbruch der Wirtschaft verhindern, Stopp der Privatisierungen, Übernahme der Kontrolle über die Produktion, Aufstellung eines sozialistischen Planes

nicht daran beteiligt.

Auch die einstimmige Unterstützung aller bürgerlichen Politiker und Medien im Westen für Jelzin hatte nichts mit Demokratie zu tun. Der Internationale Währungsfonds (IWF) bot kaum getarnte Bestechungsgelder, falls Jelzin gewinnen sollte.

In Rußland selbst durfte sich während des Putsches niemand in den Medien für das Parlament aussprechen. Kritische Zeitungen wurden verboten, Fernsehsendungen wie "Roter Platz" und "600 Sekunden" kurzerhand abgeschafft. Die Massenmedien wurden 100prozentig Propagandamittel Jelzins.

In Deutschland kam die einseitige parteiliche Berichterstattung freiwillig. So-



Tränengas auf dem Flugfeld

"Ich verlange von den Angestellten der Air France, daß sie an unser Land denken. Air France ist ein großes Unternehmen, das unsere Landesfarben trägt." So Ministerpräsident Balladur zu den Beschäftigten der französischen Fluggesellschaft. Doch die KollegInnen denken lieber an die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze. In den letzten drei Jahren wurden 5000 Jobs vernichtet, jetzt sollen weitere 4000 Stellen gestrichen werden. Den Übriggebliebenen drohen zudem Lohnkürzungen.

Dagegen wehren sie sich. Die Angestellten der beiden Pariser Flughäfen Orly und Roissy haben die Arbeit niedergelegt und die Start- und Landebahnen besetzt. Die Air France mußte fast alle Mittelstreckenflüge absagen und Langstreckenflüge umleiten. Die täglichen

Verluste belaufen sich auf 20 Millionen DM.

Der Staat hat massiv Polizeikräfte eingesetzt, um den Streik zu brechen. Selbst nach heftigen Auseinandersetzungen mit der Bereitschaftspolizei auf den Flugfeldern konnten diese weiter besetzt. Die Polizei setzte Tränengas ein, die ArbeiterInnen antworteten mit Feuerlöschern, Steinschleudern und dem Bau von Barrikaden. Diese erste Kraftprobe zwischen Arbeit und Kapital seit dem Wahlsieg der Rechten hat den Herrschenden einen Schrecken eingejagt. Nach einer Woche Streik haben sie die Entlassungspläne zunächst zurückgezogen, der Air France Direktor Attali trat zurück. Die Kollegen wollen weiter streiken bis auch die Lohnkürzung vom Tisch ist.

Buttons, Aufkleber ...



Buttons: 2 DM pro Stück.
Aufkleber: "Gegen Nazis", "Gib Nazis keine Chance" und "Halte Deine Umwelt sauber" je 0,50 DM.
 Bestellungen an Red. VORAN (Hansaring 4, 50670 Köln), nur gegen Vorkasse. Buttons ab 50 Stk. 1 DM, Aufkleber ab 10 Stk. 30 Prozent Rabatt

... solange der Vorrat reicht

Leserbrieffe

Schreibt uns Eure Meinungen, Erlebnisse, Kommentare ...

"Bett im Betrieb aufstellen"

Eine Freundin von mir hat ein Praktikum in einem Zahnlabor begonnen. Ihre vertraglich vereinbarte 40-Stunden-Woche nützt ihr nicht viel. Mehrmals die Woche muß sie unbezahlte Überstunden schieben, sie arbeitet dann von morgens um 6 bis abends um 8 oder 9 Uhr. Ihr wird trotz guter Arbeits ständig vorgeworfen, faul zu sein.

Aus Angst vor Gängelungen oder Verlust des Praktikumsplatzes traut sie sich kaum, Kaffeepausen zu machen oder zur

Toilette zu gehen.

Der Chef ködert sie mit dem Versprechen eines Ausbildungsplatzes, wenn sie ihr Praktikum durchhält.

Ein Höhepunkt der Dreistigkeit ihres Chefs war dessen Behauptung, sie könne ihr Bett im Betrieb aufstellen, dann hätte sie nicht ständig den langen Nachhauseweg. Doch sie ist jetzt schon nur für den Betrieb da, fällt abends ins Bett, am Wochenende holt sie den versäumten Schlaf nach. Jetzt will sie alles hinschmeißen

und sich eine andere Lehrstelle suchen. Unwissenheit über ihre Rechte, die Angst, den Praktikumsplatz zu verlieren und das unsolidarische Verhalten von KollegInnen hatten sie bisher ihre Lage dulden lassen.

Vielen geht es genauso, weil sie auch nichts über ihre Rechte wissen und weil sie Angst vor Repressionen seitens des Chefs haben.

Kim, Lübeck

Schönes Schülerleben

Allen, die sagen, "Schüler möcht ich noch mal sein!" oder "Schule, das ist ja noch einfach, das bißchen lernen" usw. möchte ich mal schildern, wie eine ganz normale Schülerin ihren Schulalltag sieht.

Zunächst einmal müssen wir immer mehr Geld für Schulbücher ausgeben. Ich habe beispielsweise bis zur 5. Schulwoche 150 DM für Schulbücher ausgeben müssen, weil die vorhandenen nicht zum Lernplan passen. Der Grenzbetrag für Selbstausgaben liegt übrigens bei 60 DM. Der Unterricht bleibt trotz neuer Bücher stupide, langweilig und un kreativ. Da die Lehrpläne in kurzer Zeit viel behandeln sollen, ist es oft unmöglich, auf gewisse Themen tiefer einzugehen. Es bleibt kaum Platz für kreative Selbstgestaltung. Im Deutschunterricht wird ein Wälzer nach dem anderen im Schnelldurchlauf abgearbeitet. Das Geschichtsbuch ist mit Fakten, Zahlen und Schlachtplänen gefüllt, wobei Hinter-

gründe mehr als zu kurz kommen und natürlich nur vermittelt wird, was im Toleranzbereich des Bildes unseres ach so demokratischen Staates bleibt. Da, falls ein Lehrer krank ist, auch so gut wie nie eine Vertretung vorhanden ist, werden die Inhalte noch stärker gerafft mit der Folge, daß 20 den Stoff kapierten und 10 nicht. SchülerInnen werden so mit Leistungsdruck und Zukunftsangst belastet. Oft werden dadurch Aggressionen aufgestaut, die sich mit Gewalt entladen, denn ein solidarischer Klassenverband ist eher ungewöhnlich. A propos Gewalt: In Haupt- und Realschulen gehören Schlägertrupps, die Wegzoll kassieren und Mitschüler tyrannisieren übrigens meist schon zum Schulalltag.

Vielleicht raffen sich die SchülerInnen eines Tages auf und verändern die Schule so, daß man wieder gerne hingeht. Außer uns selbst wird es nie jemand tun.

Daniela, Rostock

Klein, aber nicht "dumm"!

Ich find's total daneben, wie viele Linke sich gegenüber uns jüngeren Linken verhalten. Wir sind zwar jünger, aber nicht dümmer als ihr. Wenn wir auf ne Demo gehen, dann heißt es oft: Was wollt ihr denn hier? Geht zu Mama! Oder: Die süßen Kleinen, die müssen wir beschützen, falls sie Panik bekommen.

Ich wurde genauso über ein Jahr von Nazis bedroht, genauso wie ihr von Faschos zusammengeslagen. Es ist ebenso unsere Zukunft wie Eure. Kapiert das endlich. Wir sind keineswegs dumm und haben von nichts die Ahnung. Wenn Ihr irgendwann nicht mehr aktiv gegen Faschos ankämpft, dann sind wir, die jüngere Generation, vielleicht nicht mehr da. Vergeßt das nicht!

P.S.: Eure Zeitung ist die Beste. Bitte veröffentlicht das. Es liegt mir (u. v. Freunden) sehr am Herzen.

Maja Lehmann, Berlin, 12 Jahre

Was will VORAN ?

Der Kapitalismus ist ein chaotisches, krisenhaftes Wirtschaftssystem, in dem nur die Profitinteressen einer kleinen Minderheit von Unternehmern zählen. Die Folgen: Hunger und Elend in der "3. Welt" bei gleichzeitiger Überproduktion und Vernichtung von Lebensmitteln; Bedrohung der Existenz der Menschheit durch Raubbau an der Natur; Massenarbeitslosigkeit, Armut, sinkende Reallöhne und Sozialabbau auch in den entwickelten Industrieländern; Abbau der von der Arbeiterbewegung in den letzten Jahrzehnten erkämpften Errungenschaften.

Wir meinen, daß die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft überfällig ist. Würden die industriellen Kapazitäten, die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte auf der ganzen Welt vernünftig genutzt, müßte kein Mensch hungern, arbeits- oder obdachlos sein und die Umweltzerstörung könnte beendet werden. Das ist nur möglich, wenn die Hebel der wirtschaftlichen Macht in die Hände der arbeitenden Bevölkerung übergehen. Dazu muß die Minderheit der Kapitalisten enteignet werden, damit eine demokratische Planung der Wirtschaft im Interesse von Mensch und Umwelt erfolgen kann.

In Osteuropa ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern der Stalinismus. Es gab zwar Planwirtschaft und Staatseigentum aber keinerlei demokratische Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung. VORAN hat die Diktatur einer privilegierten, abgehobenen Bürokratschicht seit dem Erscheinen unserer Zeitung 1973 politisch bekämpft und diese Staaten nie als sozialistisch betrachtet.

Wir haben das Gemeineigentum an Produktionsmitteln und die Planwirtschaft immer verteidigt und sind auf dieser Grundlage für den Auf-

bau einer echten Arbeiterdemokratie eingeteten.

VORAN ist eine unabhängige marxistische Gruppe. In der Arbeiterklasse, unter der Jugend und in den Massenorganisationen der Arbeiterbewegung kämpfen wir gegen die Angriffe des Kapitals, für jede echte Verbesserung und für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.

Sozialismus kann nur von der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung erkämpft werden. Dazu braucht sie starke Arbeiterorganisationen mit sozialistischem Programm, die konsequent für die Interessen der ArbeiterInnen kämpfen. Die heutigen Führer von SPD und Gewerkschaften haben jedoch mit diesem System Frieden geschlossen und sind meilenweit entfernt vom Leben der arbeitenden Bevölkerung.

Wir sind aktive Mitglieder der Gewerkschaften, der SPD und der JungsozialistInnen. Wir treten dafür ein, daß der Marxismus wieder auf die Tagesordnung dieser Organisationen kommt. Wir fordern, daß SPD-Abgeordnete und alle hauptamtlichen Funktionäre in SPD und Gewerkschaften nicht mehr verdienen dürfen als ein durchschnittlicher Facharbeiter und daß sie der demokratischen Kontrolle der Mitgliedschaft unterworfen sind.

Mit unserer Zeitung VORAN wollen wir einen Beitrag zu einer unabhängigen Arbeiterpresse gegen die bürgerlichen Medien leisten. Sie dient der Verbreitung sozialistischer Ideen und dem Informations- und Erfahrungsaustausch. Unsere Arbeit wird ausschließlich von Unterstützern und Lesern finanziert.

VORAN ist Teil einer internationalen marxistischen Strömung, die in fast allen europäischen Ländern sowie in vielen Ländern auf den restlichen Kontinenten vertreten ist.

Kampffonds

Geld her!

Die Politiker der Regierung und nehmen den Kampf gegen ein Volk von "Sozialbetrüggern" auf. Der Rechtsstaat rüstet zum großen Lauschangriff, zur Abschottung der Grenzen gegen Flüchtlinge und um das Versammlungsrecht für Nazis gegen Antifaschisten durchzusetzen.

Höchste Zeit zur Gegenwehr. Um den Kampf gegen die Angriffe von oben zu bündeln, hat VORAN eine Kampagne für einen eintägigen Generalstreik als Auftakt organisierter Gegenwehr begonnen. Aber: Politische Arbeit kostet Geld. "Ich bin erfreut. Dies war ein ganz be-

sonderes Ereignis für das Haus Thurn und Taxis", sprach Fürstin Gloria von Thurn und Tutnax, nachdem sie mal eben 31 Millionen Mark mit der Versteigerung von privaten Besitztümern "verdient" hatte.

Im Gegensatz zu ihrer Hochwohlgebornen (oder eingeheiratet? - egal!) hat VORAN keine teuren Gemälde oder Familiensilber zu verscherbeln. Wir benötigen aber für unseren Kampf gegen Kürzungen, Kohl und Kapitalismus weiterhin Spenden unserer LeserInnen und UnterstützerInnen. Und das dringender denn je. Unser Spendenziel aus dem letzten Quartal haben wir weit verfehlt. Um das Defizit zu decken und die weitere Arbeit zu finanzieren, haben wir uns ein

Spendenziel von 27 000 DM bis zum Jahresende gesetzt.

Um die Zeitungsproduktion zu beschleunigen und zu erleichtern, brauchen wir dringend einen neuen Computer mit Zubehör (modernes Satzprogramm, Scanner usw.). Deshalb haben wir noch einen zusätzlichen Spendenaufruf gestartet.

Von allein wird dieses Geld jedoch nicht in unsere Kassen fließen. Greift unsere Kampagne zum Generalstreik auf und nutzt die Unterschriftenlisten. Fragt alle UnterstützerInnen und Sympathisanten nach größeren Spenden. Mit gemeinsamer Anstrengung können wir das Ziel bis Jahresende erreichen.

Fiz Garvie, Redaktion

3. Quartal 1993

Erreicht: 14.964 DM

Ziel: 25.400 DM

Bundesland	Erreicht	% des Ziels erreicht	Ziel
Schleswig-Holstein	79	16%	500
Bremen	327	33%	1000
Mecklenburg-Vorpommern	238	20%	1200
Niedersachsen	524	75%	700
Berlin	2158	70%	3100
Nordrhein-Westfalen	6345	86%	7350
Hessen	3308	52%	6400
Baden-Württemberg	1726	36%	4800
Sonstiges	259	74%	350
Gesamt	14964	59%	25.400

Es ist höchste Zeit, selbst aktiv zu werden!

- Ich möchte weitere Infos über Eure Arbeit
- Ich möchte bei VORAN mitmachen

Wir melden uns und sagen Dir wo es in Deiner Nähe eine VORAN Gruppe gibt, bei der Du mitarbeiten kannst.

Name, Anschrift, Telefon

Bitte ausschneiden und einsenden an → VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Ich möchte ...



- VORAN abonnieren, zehn Ausgaben zu 18,- DM
- zusätzlich noch __ Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- ein VORAN-Förderabo, 10 Ausgaben zu __ DM (min. 30,-)
- ein VORAN-Schnupperabo, drei Ausgaben zu fünf Mark

Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postgiroamt Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059-430 - keine automatische Abo-Verlängerung

Die Lunte brennt



Kohle statt Kohl

Steinkohle nur für die Konzerne zu teuer

Das endgültige "Aus" für die deutsche Steinkohle ist erst einmal aufgeschoben. Doch der Kohle-Kompromiß von 1991 ist weiterhin in Frage gestellt, der massive Arbeitsplatzabbau geht weiter. Hauptargument der Regierung: Deutsche Kohle ist zu teuer.

1992 machten die Subventionen im Steinkohlebergbau 90 400 DM pro Bergmann aus. Von solch einem Jahreseinkommen können die Kumpel nur träumen. Die Ruhrkohle AG erhält Gelder, damit sie Koksrohle zum Weltmarktpreis verkaufen kann. Aus den Subventionen werden aber auch Dividenden für die Aktionäre bezahlt. Den anderen Teil der Subventionen erhalten die Stromkonzerne, um die Preisdifferenz zwischen Erdöl und Importkohle gegenüber heimischer Kohle auszugleichen. Während allerdings die Rohstoffpreise gefallen sind, ist der Preis für deutsche Steinkohle derselbe geblieben ist. Jahr für Jahr konnten die Stromkonzerne extra abkassieren.

Ein anderes Argument ist, daß Importkohle billiger sei. Doch billig ist Importkohle nur für die Konzerne. Die Kollegen in anderen Ländern bezahlen die Kohle mit Gesundheit und Leben. Umweltschutz bleibt auf der Strecke.

Atomkraft teuer und umweltschädlich

Das Ende des "teuren" Steinkohlebergbaus würde nicht zu Wirtschaftsblüte und Wohlstand führen, sondern zu mehr Arbeitslosigkeit und zur Verarmung ganzer Regionen. Jeder Arbeitslose kostet die Gesellschaft 45 000 DM im Jahr, den Produktionsausfall nicht mitgerechnet.

Es wird auch gesagt, daß Kohleverstromung veraltet und überflüssig sei. Strom soll durch Atomkraft erzeugt werden. Doch Atomkraft ist teuer – ein Reaktor kostet 5 Milliarden DM –, gefährlicher und umweltschädlicher. Das Risiko ist nicht abschätzbar. Vollkommen ungeklärt ist, was mit dem Atom Müll passiert. Aufgrund politischer Entscheidungen wird Atomkraft jedoch weiter ausgebaut. Dabei gibt es für Stahl und damit verbunden für Koksrohle Bedarf: Stahl wird für den Wohnungsbau und den Ausbau des Bahn- und Busnetzes gebraucht. Aber das Profitinteresse einiger

Bonzen geht immer noch vor die Interessen der Allgemeinheit.

Um die Arbeitsplätze der Kumpel zu erhalten, ist die sofortige Einführung der 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich nötig, denn Kurzarbeit, Anpassungsmaßnahmen und Entlassungen sind zwar auch "Arbeitszeitverkürzung" – aber auf dem Rücken der Bergleute.

Alle Atomreaktoren müssen sofort abgeschaltet werden. Die Beschäftigten müssen weiterhin den vollen Lohn erhalten und könnten in anderen Bereichen, zum Beispiel im Umweltschutz, arbeiten.

Die Geschäftsbücher der Strom- und Kohlekonzerne müssen offengelegt werden. Nur so können wir erfahren, in wessen Taschen die Subventionen wirklich fließen. Was machen die Stromkonzerne mit den Einnahmen aus dem Kohlepfennig?

Gemeineigentum

Die Strom- und Stahlkonzerne müssen in Gemeineigentum überführt werden. Die bisherige Form der Aktiengesellschaft wie bei der Ruhrkohle AG oder der RWE führt dazu, daß die Konzernpolitik weiter von Kapitalinteressen bestimmt bleibt. Das bedeutet mehr Subventionen und weniger Arbeitsplätze. Darum müssen die Betriebe von der Belegschaft demokratisch kontrolliert und verwaltet werden. Die Vertreter der Belegschaft dürfen nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen und müssen jederzeit abwählbar sein.

Schließlich muß ein nationaler Energieplan aufgestellt werden, um endlich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht nach dem Profit zu produzieren. Dazu schafft das Gemeineigentum an Strom- und Kohlekonzerne die Voraussetzung. Neue Verfahren zur Stromerzeugung können eingesetzt werden. Energie kann eingespart werden, weil Profitinteressen nicht mehr berücksichtigt werden brauchen. Anstatt Großaktionäre damit zu bezahlen, können Subventionen für erneuerbare Energien, wie etwa Windkraft, verwendet werden.

Holger Dröge, Jungsozialist, Aachen

Bischofferode: Der Kampf geht weiter

Kein Vertrauen in die EG-Kommission!

"Am 31. Dezember wird Bischofferode geschlossen" – wenn es nach dem Willen von Treuhand, BASF und Vorstand der Mitteldeutschen Kali AG (MdK) geht. Vorher wird die EG-Kommission in Brüssel ihre Entscheidung zum Kali-Fusionsvertrag bekanntgeben. Wird Brüssel einen Zeitaufschub verlangen? Wird Bischofferode aus dem Fusionsvertrag herausgenommen? Wird die Fusion im Kern bestätigt?

Gewiß ist nur eins: Der Arbeitskampf der Kali-Kumpel geht solange weiter, bis die Grube gerettet ist. So steht es in dem Aufruf zur bundesweiten Aktionskonferenz am 30. Oktober. Nach fast einem Jahr Kampf ist der Wille, den Betrieb zu erhalten, ungebrochen. Jeder Einschüchterungs- und Spaltungversuch wurde bisher zurückgeschlagen. Jüngstes Beispiel: Der MdK-Vorstand drohte die Kündigung eines Grubenbetriebsführers an, beurlaubte den Kollegen und erteilte ihm Betriebsverbot, weil er dem Betriebsrat als Berater zu Seite stand. Die Kumpel organisierten sofort eine Protestdemo zum Sitz des Vorstands. Die bundesweite Solidaritätsbewegung unterstützte die Kollegen in Bischofferode mit Protestschreiben. Am Tag nach der Protestaktion konnte der geschafte Grubenleiter seinen Arbeitsplatz wieder einnehmen. Kündigung, Beurlaubung und Betriebsverbot mußten zurückgenommen werden.

Höchstwahrscheinlich wird sich die EG-Kommission nicht auf die Seite der Bergarbeiter stellen. Die EG ist das Europa der Konzerne. Wenn die Kommission den Fusionsvertrag länger und intensiver prüft als sonstige Unternehmenszusammenschlüsse, dann nur wegen des politischen Drucks des Arbeitskampfes. Die Anhörung des Betriebsrates soll den Eindruck erwecken, daß es demokratisch zugeht. Betriebs- und Sprecherrat in Bischofferode sollten kein Vertrauen in die EG-Kommission haben und sich nicht an deren Entscheidungen binden. Selbst wenn die EG-Kommission den Fusionsvertrag ablehnt, ist das Werk Bischofferode nicht gerettet.

Demokratische Kontrolle

Der Weg des Herauslösens von Bischofferode aus dem Fusionsvertrag und die Einzelprivatisierung ist eine Sackgasse. Die einzige Garantie für den langfristigen Erhalt aller Arbeitsplätze ist die Überführung der Grube in direktes Staats Eigentum und die demokratische Kontrolle und Verwaltung durch Belegschaft, Gewerkschaften und Staat.

Nicht die Belegschaft müßte das notwendige Kapital zur Verfügung stellen – der Staat muß die Löhne bezahlen und Investitionen finanzieren. Gegenüber der



Belegschaft müssen endlich die Bücher geöffnet werden, um festzustellen, wie hoch die Verkaufserlöse sind.

Die alten Abnehmer müßten direkt beliefert werden. Falls Verluste entstehen, müssen diese durch öffentliche Gelder abgedeckt werden. Das ist immer noch billiger als die Finanzierung der Arbeitslosigkeit durch Beitrags- und Steuerzahler. Um das durchzusetzen, müßte die Belegschaft den Betrieb in eigene Regie übernehmen, die Manager aussperren und dann einen Kampf für den Erhalt öffentlicher Gelder führen.

Bischofferode könnte so von einem Symbol des Widerstandes gegen Arbeitsplatzvernichtung zu einem Beispiel für Arbeiterverwaltung werden. Dies wäre ein Vorbild für alle Belegschaften im Bergbau und anderen Branchen, die gegen Betriebsschließungen und Massenentlassungen kämpfen.

Durch direkte Kontaktaufnahme zu anderen Belegschaften und gemeinsamen Kampf in Ost und West könnte ein Flächenbrand ausgelöst werden, der der Anfang vom Ende der Macht von Konzernchefs und Kohl-Regierung wäre.

Ursel Beck, Sprecherin Bischofferode-Solidaritäts-Komitee Köln, IG Metall-Mitglied

Schlechtwettergeld

Schlechtes Wetter stört nicht, wenn die Kohle stimmt

Bundesfinanzminister müßte man sein. Da kann man ständig Sparsamkeit predigen, selbst im Monat so viel "verdienen" wie ein Arbeiter im ganzen Jahr und dennoch fordern, daß natürlich die Arbeiter den Gürtel enger schnallen sollen und nicht die Großverdiener.

Nicht einmal rechnen muß man für diesen Job können. Wenn ein Drittklässler 700 DM sparen will, indem er 2100 DM ausgibt, bekommt er eine "6".

Herr Waigel geht nicht mehr zur Schule. Bei ihm geht es um sechs Nullen mehr. 700 Millionen DM will er durch die Streichung des Schlechtwettergelds für Bauarbeiter sparen. Das Schlechtwettergeld ist ein Zuschuß vom Arbeitsamt für die kältesten Tage des Jahres, um zu verhindern, daß Arbeiter entlassen werden, wenn wegen des Wetters nicht gebaut werden kann. Dabei hat ihm doch sogar der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Christian Roth, bereits vorgerechnet, daß dadurch zugleich Mehrausgaben in Höhe von 2100 Millionen DM entstehen würden (lt.

Süddeutscher Zeitung vom 2.10.93). Diese Kosten entstehen durch das dann fällige Arbeitslosengeld sowie durch ausbleibende Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

Schlechtwettergeld fällt im Bundesdurchschnitt nur für 10 bis 15 Tage je Arbeiter an. Die Arbeitslosigkeit würde in jedem Fall länger dauern, wahrscheinlich 2-3 Monate wie vor der Einführung des SWG in den fünfziger Jahren.

Doch so dumm, wie es auf den ersten Blick scheinen mag, ist Herr Waigel nicht. Tatsächlich versucht er, den Schwarzen Peter durch seine Vorschläge den Gewerkschaften zuzuschieben. Er gibt die Summe vor, die eingespart werden soll.

Voller Lohn das ganze Jahr

Die Wut der Bauarbeiter hat die Regierung erst einmal zu einem Teilertrag gezwungen. Die völlige Streichung ist auf 1996 verschoben worden. Erst einmal sollen die Monate November und

März aus der Schlechtwetter-Regelung herausgenommen werden. Die erste Stunde eines Schlechtwetter-Tages soll nicht bezahlt werden. Die IG BSE hat dies zurecht als faulen Kompromiß abgelehnt.

Der Widerstand muß weitergehen und zu Streiks zusammengefaßt werden. Denn auch diese Teilverschlechterung würde ein Erfolg für die Regierung sein und sie zu weiterem Sozialabbau auffordern.

Das Schlechtwettergeld selber ist schon ein Kompromiß, den auch die Unternehmer praktisch finden. Sie können flexibel Arbeitskräfte einsetzen, die Kollegen bekommen für die Schlechtwetterzeit nur Kurzarbeitergeld, die Beitragszahler der Arbeitslosenversicherung berappen dafür. Nötig ist voller Lohn das ganze Jahr, bezahlt von den Unternehmern. "Voller Lohn das ganze Jahr" fordert die Gewerkschaft Bau, Steine, Erden schon seit längerem.

Ulrich Beier, Mitglied IG Bau Steine Erden, Frankfurt

Chronik des Widerstandes

Eine unvollständige Liste:

- 8. 9.: 10 000 Steinkohlekumpel blockieren mehrere zentrale Straßenkreuzungen im Ruhrgebiet.
- 14. 9.: 50 000 Daimler-Beschäftigte an verschiedenen Standorten legen die Arbeit nieder und demonstrieren gegen den Abbau übertariflicher Leistungen und Stellenabbau.
- 19. 9.: 5000 beteiligen sich an einer Abschlußkundgebung eines Marsches auf Berlin von Hungerstreikenden in Bischofferode.
- 20. 9.: Beginn der Aktion "Gegenwehr" des DGB. 20 000 Beschäftigte, darunter 10 000 Postler von 33 Fernmeldeämtern und den Postbanken in München und Stuttgart sowie 3000 Beschäftigte im Daimler-Stammwerk Untertürkheim, demonstrieren gegen die Einführung von Karenztagen und Sozialabbau. Insgesamt beteiligten sich mehrere Hunderttausend in verschiedenen Städten an den DGB-Demos vom 20. 9.-24. 9.
- 22. 9.: 80 000 Bergarbeiter im Ruhrgebiet treten in einen spontanen Proteststreik gegen die Ankündigung, die Vereinbarung der Kohlerunde von 1991 zu revidieren und bis Ende 1994 20 000 Arbeitsplätze abzubauen und mehrere Zechen ganz zu schließen.
- 23. 9.: 10 000 Bergarbeiter in allen 5 Zechen der Saarbergwerke legen vorübergehend die Arbeiter nie-

der. Im Ruhrgebiet befinden sich am selben Tag noch 2000 Arbeiter in Gelsenkirchen im Ausstand.

23. 9.: Zu einer der größten Demos im Rahmen der Aktion Gegenwehr kommt es in Schweinfurt. Ab 14 Uhr stehen bei der Kugellager-Fabrik und vielen anderen Betrieben die Räder still. 10 000 Arbeiter, Angestellte, Beamte und Azubis gehen auf die Straße.

24. 9.: 15 000 Mitarbeiter bei VW demonstrieren im Rahmen der Aktion Gegenwehr gegen die Sozialpolitik der Kohl-Regierung.

29. 9.: Die Belegschaft der Lederfabrik im thüringischen Weida besetzt den Betrieb, um für den Erhalt der 220 Arbeitsplätze zu kämpfen.

14. 10.: 200 Bergleute aus verschiedenen Gruben am Niederrhein besetzen ein Kohlekraftwerk in Bergkamen.

18. 10.: 15 000 Bergarbeiter und Kolleginnen aus Stahl- und Automobilbetrieben demonstrieren für die Einhaltung der Zusagen aus der Kohlerunde 1991. Am selben Tag demonstrieren 100 Bergarbeiter aus dem Lausitzer Braunkohlerevier in Potsdam für den Bau eines neuen Kohlekraftwerks.

19. 10.: 13 000 LehrerInnen aus ganz Niedersachsen demonstrieren in Hannover gegen die Verlängerung der Arbeitszeit an niedersächsischen Grund-, Haupt- und Realschulen um eine halbe Stunde.

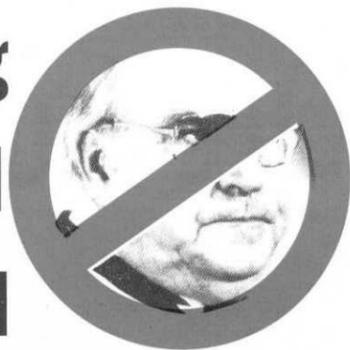
21. 10.: 15 000 Stahlarbeiter im Ruhrgebiet legen für

einen Tag die Arbeit nieder. Der Streik richtet sich gegen die Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosenhilfe.

22. 10.: Die Belegschaft des DASA-Werks (Deutsche Aerospace) in Lemwerder bei Bremen besetzt das Werk gegen die Betriebsschließung und die Vernichtung ihrer 1300 Arbeitsplätze.



Die Zeitung
gegen Kohl
und Kapital



Stoppt Rassismus



Wir kämpfen für:

- Selbstverteidigung gegen faschistische Angriffe
- Verhinderung aller öffentlichen Auftritte von Nazis
- Keine Schließung von Freizeiteinrichtungen, sondern Ausbau kostenloser, selbstbestimmter Freizeitmöglichkeiten
- Ausbildungsplätze für alle, keine leeren Versprechungen sondern Garantien
- Übernahmegarantie nach der Ausbildung
- Mindestlohn von 1800,- DM netto
- Arbeit und Wohnung für alle
- 100 Prozent der Westlöhne im Osten

Keine Arbeit, keine Wohnung? Faschisten haben keine Antwort.

Über 3,5 Millionen Menschen sind arbeitslos gemeldet, tatsächlich sind es aber über 6 Millionen. In manchen Regionen in Ostdeutschland wie in Bitterfeld ist die Arbeitslosigkeit auf über 50 Prozent gestiegen. Allein in Brandenburg fehlen 55 000 Lehrstellen. Viele stehen nach der Schule auf der Straße, ohne Wohnung, ohne Arbeit und ohne Zukunft. Die Aussichten sind düster. In den Schulen fallen Woche für Woche Unterrichtsstunden aus. Fast täglich werden Jugendclubs geschlossen.

Nur der Geruch nach mehr Geld läßt das Kapitalistenherz höher schlagen. Investiert wird nur, wenn es Profit abwirft.

Die Bundesregierung stellt Asylsuchende als Schuldige für diese Krise hin. Die überhaupt nichts haben, sollen schuld sein an Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot?! Die Regierung benutzt sie nur als Sündenböcke, um von den wahren Schuldigen abzulenken. Die sitzen in den Konzernratigen, Aufsichtsräten und der Regierung selbst. Sie haben ihre Hetzpropaganda mit der zunehmenden Krise im letzten Jahr verstärkt. Damit machen sie es den Nazi-Kadern leicht, perspektivlose Jugendliche für ihre Ziele zu gewinnen.

In Städten mit sozialem Sprengstoff wie Rostock-Lichtenhagen, Schwedt, Hoyerswerda oder Halle-Neustadt trumpfen die Faschisten massiv mit ihrer Propaganda auf und bekommen Zulauf von

frustrierten Jugendlichen. Die sehen ihre arbeitslosen Eltern zu hause rumsitzen.

Rassismus ist kein Zufall!

Auch die Progrome sind kein Zufall! Sie haben den Herrschenden genutzt, denn die Wut der Jugendlichen schlug einen ihnen angenehmen Weg ein.

Die großen Arbeiterorganisationen wie SPD und Gewerkschaften und auch die PDS leisten keinen ernsthaften Widerstand. Sie mobilisieren nicht die Jugend für den Kampf gegen die Nazis und erklären auch nicht die wirklichen Ursachen der sozialen Probleme.

Aber eins ist klar: die Faschisten werden ihren Terror nicht "nur" auf Ausländer, Obdachlose, Homosexuelle und linke Jugendliche beschränken. Sie wollen sämtliche Opposition zerschlagen, vor allem die organisierte Arbeiterbewegung.

Wer ernsthaft gegen die Faschisten kämpfen will, muß an die Wurzeln des Übels, das kapitalistische System, gehen. Dabei können wir nicht auf die großen Organisationen warten, sondern müssen unseren Kampf heute verstärken.

Patrick und Daniel, Berlin